Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 64. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Dinstag, den 8. Februar 1876.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

47. Sitzung vom 7. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Herzog, v. Pommer-Esche, Michaelis u. A.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist folgende Interpellation des Abg. Guerber:

„Dem Reichstage ist der Vertrag zur Kenntnißnahme mitgetheilt worden, welcher am 2. December 1875 zwischen dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath Herrn von Pommer-Esche im Namen des Deutschen Reiches und dem Polizei-Director und Bürgermeisterei-Verwalter Herrn Back, betreffend den Verkauf der durch die Erweiterung der Festung Straßburg entbehrlich werdenden Grundstücke an die Stadtgemeinde Straßburg, abgeschlossen worden ist. Aus diesem von dem Reichskanzleramte und von dem Herrn Bezirks-Präsidenten bereits ratificirten Vertrag ist ersichtlich, daß der Stadt Straßburg, vermittelst der Unterschrift des Herrn Polizei-Directors Back die Verpflichtung auferlegt werden soll, eine Summe von 17 Millionen Mark zu bezahlen, ohne daß eine Gemeindevertretung der Stadt darüber ihr Votum abgegeben hat. Es widerspricht eine derartige Belastung der Gemeinden, ohne Mitwirkung einer gesetzlichen Gemeindevertretung, dem allgemein geltenden Rechte, und weist deshalb das stattgehabte Verfahren auf die Dringlichkeit einer baldigen Wiederherstellung des unterm 26. Februar 1872 aufgelösten Gemeinderaths hin. Darauf gestützt, erlaube ich mir die Anfrage an den Herrn Reichskanzler zu richten: 1) liegt es in der Absicht der Reichsregierung, in Straßburg demnächst eine gesetzliche Gemeinde-Vertretung wieder herzustellen? 2) beabsichtigt die Reichsregierung dieser Vertretung den Vertrag vom 2. December 1875 zur Ratification vorzulegen?"

Abg. Guerber: Ich und der allergrößte Theil der Bevölkerung Straßburg's kann in dem in Rede stehenden Vertrag nichts anderes erblicken, als einen gewaltsamen Eingriff in die Selbstverwaltung und die Rechte der Stadt Straßburg. Es herrscht in der Bevölkerung nur eine Stimme der Entrüstung über die Art und Weise, wie der Vertrag abgeschlossen wurde. Ohne die Gemeindevertretung der Stadt nur im Geringsten zu hören, ist die Regierung auf der einen Seite als Verkäufer, vertreten durch den Ober-Regierungsrath v. Pommer Esche, auf der anderen Seite, vertreten durch den Polizeidirector, jetzigen Bürgermeistereiverwalter Herrn Back als Käufer aufgetreten und das Resultat dieses Geschäftes ist, daß der Stadt eine Last von 17,000,000 Mark aufgebürdet wird. Während man sonst sagt: wenn Zwei mit einander streiten, lacht der Dritte, muß man hier sagen: wenn Zwei mit einander paktiren, weint der Dritte und dieser Dritte ist die Stadt Straßburg. Für sie ist dieser Vertrag eine Erneuerung des Rufes: vae victis! Der Polizeidirector Back war formell in keiner Weise berechtigt, für die Stadt Straßburg den Vertrag abzuschließen, man kann sich auf kein Gesetz berufen, das ihm diese Legitimation giebt. Für die Erweiterung der Enceinte kann ein städtisches Interesse nicht vorgeführt werden, es müßte sich dasselbe denn auf Bauprojecte beziehen, die in so nebelhafter Ferne liegen, daß ich sie nur mit dem Ausdruck Luftschlösser bezeichnen kann. Es wird vielmehr die Erweiterung einzig und allein im militärischen Interesse durchgeführt, und hierfür soll die Stadt eine so ungeheure Belastung auf sich nehmen. Ich kann nur wünschen und hoffen, daß der dringende Nothschrei, dem meine Interpellation Ausdruck giebt, an der entscheidende Stelle gehört werde.

Bundescommissar Ministerialdirector Herzog: Ich habe zunächst die zweite Frage der Interpellation im Namen der Regierung zu verneinen. Die Regierung hat den Vertrag zwischen dem Reich und der Stadt Straßburg über den Ankauf des durch die Festungserweiterung frei werdenden Terrains ihrerseits genehmigt; er ist ebenso andererseits von der Aufsichtsbehörde der Stadtverwaltung genehmigt worden. Die Regierung kann daher nicht wohl die Absicht haben, nunmehr noch einer erst zu constituirenden Provinzialvertretung von Straßburg den Vertrag zur Ratification vorzulegen; denn das hieße einfach, die Sache von vorne anfangen. Die Regierung hält den Vertrag für juristisch perfect, sie würde ihn sonst nicht zur Kenntniß des Reichstages gebracht haben. Sie stützt diese ihre Ueberzeugung darauf, daß der Bürgermeisterei-Verwalter Back als außerordentlicher Commissar auf Grund des Gesetzes vom 24. Februar 1872 die Functionen des Bürgermeisters und Municipalrathes zur Zeit ausübt und daß ein von ihm in dieser Eigenschaft gefaßter Beschluß nach dem geltenden Recht nur der Genehmigung des vorgesetzten Bezirkspräsidenten bedarf. Diese Genehmigung ist ertheilt und es steht darnach die formelle Befugniß des Bürgermeistereiverwalters zum Abschluß des Geschäfts juristisch außer Frage. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß der Bürgermeisterei-Verwalter damit eine nicht unbeträchtliche Verantwortlichkeit übernommen hat. Es wäre für ihn leichter und für die Regierung in mancher Beziehung erwünschter gewesen, wenn diese Verantwortung von einer gewählten Gemeinde-Vertretung hätte getheilt werden können. Indessen hat diese Rücksicht nicht dazu führen können, die Wiederherstellung des Gemeinderaths auf Grnnd des Municipalgesetzes ad hoc herbeizuführen und ebensowenig die Erweiterung der Festung, die nach den Beschlüssen des Reichstages von dem Erwerb des Terrains durch die Stadt abhängig gemacht worden ist. auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Der Bürgermeistereiverwalter hat es unter diesen Umständen für richtig gehalten, die Verantwortung für seine Person zu übernehmen.

Die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Stadterweiterung ist von allen Seiten anerkannt worden. Sie liegt keineswegs blos im Interesse der Militär-Verwaltung, sondern im höchsten Maße auch im Interesse der Stadt. Ich erinnere nur an die Adresse der Notabeln, worin in warmen und beredten Worten nachgewiesen wurde, daß die Erweiterung der Stadt für das Gedeihen derselben Lebensfrage sei. Der Bürgermeisterei-Verwalter wird daher auch auf die Zustimmung aller umsichtigen Klassen der Bevölkerung in Straßburg rechnen dürfen, wenn er mit seiner Person für die Ausführung des Projectes eingetreten ist. — Die Verpflichtungen, welche die Stadt zu leisten hat, beginnen erst vom Jahre 1879 und erstrecken sich bis auf das Jahr 1893 hinaus. Die Regierung ist hierin der Stadt soweit entgegengekommen, als die ihr vom Reichstag ertheilte Ermächtigung es irgend wie zuließ. Sie werden aus den Bedingungen des Vertrages das Zugeständniß völliger Zinsenfreiheit und der Erstreckung der Termine auf mehr als 70 Jahre entnehmen. Die Stadt Straßburg hat also diesmal gewiß keinen Grund vae victis auszurufen, ich bin vielmehr überzeugt, daß die an die Erweiterung der Stadt geknüpften Hoffnungen sich auf das Beste erfüllen werden und selbst wenn im allerschlimmsten Falle der Kaufpreis nicht völlig herauskommt, wird Straßburg in den sanitätlichen Vortheilen seiner Bürger hinlänglichen Ersatz finden. Das wird der Abg. Guerber hoffentlich im Jahre 1893 anerkennen. Die erste Frage der Interpellation ist eigentlich des Pudels Kern. Ich würde sie nicht bejahen können, wenn ich das Wort „demnächst" wie der Herr Interpellant als „alsbald" verstehen müßte. Die Regierung erkennt an, daß der gegenwärtige Zustand in Straßburg kein dauernder sein kann, daß der Ausnahmezustand seiner Zeit dem normalen Platz machen wird, sie lehnt es aber entschieden ab, bezüglich des Zeitpunktes, wo dieser Wechsel eintreten wird, heute eine bindende Zusicherung zu geben, sie muß sich vielmehr die Freiheit der Entschließung in dieser Beziehung wahren. Die Regierung wird, wenn sie die unzweideutige Kundgebung der öffentlichen Meinung dahin erhält, daß man die Zusammengehörigkeit des Landes zum deutschen Reich nicht als ein Provisorium auffaßt, und daß diejenigen Personen, welche für den Municipalrath gewählt sind, diese Wahl nicht zu politischen Demonstrationen benutzen werden, gern bereit sein, den normalen Zustand wieder herzustellen. Sie wünscht lebhaft, daß dieser Zeitpunkt so nahe als möglich sei. (Beifall.)

Auf den Antrag des Abg. Sonnemann tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Sonnemann: Ich bin überzeugt, daß die Ansicht, daß man einer Gemeinde eine so bedeutende Schuldenlast wider ihren Willen aufdringen könne, bei allen Parteien lebhaften Widerwillen finden wird. Formell ist die Regierung im Rechte, einen solchen Vertrag abzuschließen, ob aber die commissarische Gemeindeverwaltung der Gemeinde für die Zukunft so colossale Verpflichtungen auflegen darf, ist eine andere Frage. Ich bedauere hierbei die Abwesenheit des Abgeordneten für Straßburg, des früheren sachkundigen Maires der Stadt. Die Frage, ob Straßburg in der Lage ist, die aufgebürdete Verpflichtung zu erfüllen, kann schwerlich ein Auswärtiger, der erst einige Jahre in Straßburg lebt, entscheiden. Unter dem Regime Napoleons III. hat man in solchen Fällen Notabeln-Versammlungen einberufen. In Straßburg ist man über den Abschluß des Vertrages im Unklaren geblieben bis derselbe dem Reichstage vorgelegt worden ist. (Hört!) Hätte man den Abschluß des Vertrages vom 2. December an nicht so geheim gehalten, so würden gewiß Petitionen der Bevölkerung eingelaufen sein. Denn selbst von den 82 Petenten um die Erweiterung der Stadt-Enceinte sind einige entrüstet über die Art des Abschlusses. Der Vertreter des Bundesraths hat nur Gründe für die Erweiterung bringen könuen, für die Hoffnung, daß man im Jahre 1893 damit einverstanden sein würde. Ich sehe die Sache anders an auf Grund in Straßburg selbst eingezogenen Erkundigungen bei gemäßigten Leuten, die sich zur deutschen Regierung hinneigen. Die von dem Bundescommissar angeführte Broschüre, für deren Verfasser ich den Bürgermeister von Straßburg halte, sagt nur, daß das abgetretene Terrain auch nach Abzug der Straßen- und Plätzeflächen immerhin einen Werth von 17 Millionen Mark darstelle, eine gewisse Ueberzeugung ist darin nicht begründet. Das Reich ist nach diesem Vertrage auch nicht verpflichtet, ein Terrain für die Universität anzukaufen, sondern hat nur das Recht dazu. Macht das Reich selbst von diesem Rechte Gebrauch und nimmt 15 Hectaren zum Kostenpreise zurück, so hat es noch nicht die Einebnungskosten, die Kosten für Anlegung der Canäle und Wasserleitungen bezahlt, so hat die Stadt fast die Hälfte des Preises zugesetzt.

Ich weiß zwar nicht, ob man den Vertrag in diesem Sinne interpretiren wird. Fünf Punkte werden von competenter Seite in Straßburg selbst gegen diesen Vertrag geltend gemacht. Erstens sei das abgetretene Terrain viel zu groß, das Terrain der Stadt wird nahezu verdoppelt und so eine allgemeine Entwerthung des Terrains herbeigeführt. Zweitens beanstandet man, daß man den ungesundesten und am wenigsten bewohnten Theil der Außenstadt in die Enceinte hineingezogen habe, nicht den gesundesten und von den größeren Industriellen bewohnten. Es mögen hierbei militärische Rücksichten maßgebend gewesen sein, ob man hieraus aber eine Belastung der Stadt herleiten kann, ist fraglich. Drittens sei das Terrain viel zu theuer bezahlt worden. Zu dem Kaufpreis von 17 Millionen kommen erfahrungsmäßig noch 13 Millionen Mark, um das Terrain baufähig zu machen und es mit Canalisation, Wasserleitung ꝛc. zu versehen. Diese Summe muß die Stadt sogleich aufbringen und außerdem von 1879 an jährliche Raten bezahlen. Die Aussichten für den Verkauf sind auch nicht die günstigsten. In der Gründerzeit haben zwei Frankfurter Gesellschaften bedeutende Terrains in Straßburg erworben, aber dabei einen großen Theil des Capitals verloren. Die Verhältnisse sind in allen Städten nicht gleich. In Straßburg findet nun ein Zuzug von wohlhabenden Leuten fast gar nicht statt und eine große Zahl der Eingeborenen suchen möglichst ihre Häuser zu verkaufen. Das kann ich mit schriftlichen Angaben der competensten Leute in Straßburg bestätigen. Weiter beanstandet man die Dringlichkeit der Vergrößerung. Man bekommt für 35 Franken oder 28 Mark den Quadratmeter des besten Terrains in der Nähe des jetzigen Bahnhofs, also im Mittelpunkt der Stadt, während das angekaufte Terrain nach der Schätzung eines der 82 Petenten selbst sich künftig auf 30 Franken stellen wird.

Wie damit die Stadt ein gutes Geschäft machen soll, vermag ich nicht einzusehen. Allerdings hat das städtische Budget einen Ueberschuß von 300,000 Franken, wer aber an einer Communalverwaltung betheiligt ist, weiß, was eine solche Mehreinnahme zu bedeuten hat, Aufwendungen gegenüber, die durch derartige Umänderungen hervorgerufen werden. Selbst wenn das Geschäft ein besseres wäre, hat man nicht das Recht, der Stadt wider ihren Willen einen derartigen Vertrag aufzuzwingen. Was ist eine Petition mit 82 Unterschriften gegen 12,000 wahlfähige Bürger. In einem Briefe schreibt man mir: „Wenn ich weiter zurückgehen und den Dingen auf den Grund gehen möchte, so würde man vielleicht in dem Erweiterungsproject einen Grund finden, welcher die Administration veranlaßte, im Jahre 1873 den Maire abzusetzen, denn man wußte sehr gut, daß niemals die Straßburger Gemeindeverwaltung einem auf solcher Basis errichteten Vertrage ihre Zustimmung gegeben haben würde." Diese Ansicht ist natürlich eine vollkommen unberechtigte, aber sie charakterisirt die Stimmung in Straßburg. Bei den letzten Wahlen hat eine sog. gemäßigte Partei bestanden. Ohne Prophet zu sein, glaube ich, daß sie bei den nächsten Wahlen eine verschwindend kleine Anzahl von Stimmen erreichen wird, weil die ganze Stadt entrüstet ist über diesen Vertrag, und ich werde Sie daran erinnern, daß ich Ihnen nichts Unrichtiges prophezeit. Mit der Interpellation an sich wird nichts erreicht, aber zu meinem Antrag, der anstatt derselben wahrscheinlich lieber gestellt worden wäre, fehlte es an Zeit; er wäre ins Wasser gefallen, weil er nicht mehr auf die Tagesordnung gestellt werden konnte. Die Interpellation war das einzige Mittel, die Sache jetzt noch im Reichstage zur Sprache zu bringen. Da kann ich denn auf Grund genauer Kenntniß der Verhältnisse nur energischste Verwahrung einlegen gegen die Belastung Straßburgs mit den Kosten, die aus diesem Vertrage erwachsen.

M. H. Die Sache wird damit nicht zu Ende sein. Hoffentlich wird die Interpellation wenigstens die Folge haben, daß mit der Ausführung des Vertrages vorerst nicht vorgegangen wird. Nach dem Wortlaut desselben soll eine Anzahl von Terminen gestellt sein, es wird das Terrain nicht gleich zu übergeben sein und es werden erst im Jahre 1879 Zahlungen verlangt. Die Stadt Straßburg wird Gelegenheit haben, selbst wenn das Petitum nicht gewährt werden sollte, bei den nächsten Wahlen ihre Stimme geltend zu machen, und ich hoffe, daß in der nächsten Session des Reichstages die Sache nochmals eingehender wird geprüft werden können. Was aber die Wiederanstellung des Gemeinderaths betrifft, so sollte die Regierung dazu den Ablauf der fünf Jahre nicht abwarten. Was hat man ihm denn vorzuwerfen? Der Maire hat die von dem Herrn Commissar angeführte Aeußerung gethan, und die Gemeinde hat ihren Maire nicht im Stich lassen wollen — das darf man den Leuten nicht so hoch anrechnen. Es muß hier constatirt werden, daß von Seiten der Stadt seit ihrer Annexion keine gesetzwidrige Handlung stattgefunden hat und die ganze Verwaltung von dem Gemeinderath in loyalster Weise geführt worden ist. Nach fünf Jahren muß man es des grausamen Spieles genug sein lassen. Eines schickt sich nicht für Alle. Man kann nicht eine politische Dictatur üben und gleichzeitig großartige Geschäfte machen. Wenn es nöthig sein sollte, die Dictatur zu verlängern, müssen Sie auf dieses Geschäft mit Straßburg verzichten. Sollten Sie aber das Geschäft machen wollen, so können Sie es nicht anders, als indem Sie es den gewählten Vertretern vorlegen.

Abg. Graf v. Moltke: Der Herr Interpellant hat gemeint, daß ich eine Anfrage an die Stadt Straßburg gestellt hätte, ob sie eine Erweiterung wünscht, so wenigstens habe ich verstanden. Ich habe dazu niemals den Auftrag gehabt. Bei meiner Anwesenheit in Straßburg habe ich allerdings mich erkundigt, nach welcher Seite eine Erweiterung der Stadt wünschenswerth sein könnte. Der Herr Interpellant hat das militärische Interesse vorangestellt. Meine Herren, auch uns ist es erwünscht, innerhalb der Festung eine wohlgebaute Stadt mit breiten Straßen zu haben, statt einer eng zusammengedrängten, aber ein dringendes militärisches Interesse für die Erweiterung der Stadt-Enceinte liegt durchaus nicht vor, nachdem wir die detachirten Forts fertig haben. Diese Erweiterung ist lediglich im Interesse der Stadt oder wenigstens vorzugsweise. Der Herr Vorredner hat gemeint, daß die Stadt nach der allerunzweckmäßigsten Seite erweitert werden soll. Meine Herren, die Stadt kann gegen Osten, wo die Citadelle liegt, nicht erweitert werden, gegen Süden liegt die Inundation und sumpfiges Terrain, dahin wird sie auch nicht erweitert werden. So viel ich weiß, wird sie gegen Westen und Norden nach Contades zu geöffnet, also nach der besten Gegend hin, in welcher die Erweiterung stattfinden kann. Es haben ja auch andere Städte bedeutende Summen gezahlt, damit sie Bauplätze gewinnen, zuletzt z. B. Stettin.

Meine Herren, eine Stadt, wie Straßburg, nach alledem, was für sie geschehen ist und was für sie zu thun beabsichtigt wird, die Gründung der Universität, die Leitung von Canälen, die Führung der Eisenbahn —, nach alledem läßt sich mit Bestimmtheit vermuthen, daß diese alte deutsche Stadt einen großen Aufschwung erfahren wird, sobald sie nur Raum erhält, sich zu erweitern (Beifall).

Abg. Löwe: Anstatt den Scandal jetzt zu machen, hätte man zur Zeit des Abschlusses des Vertrages Protest erheben sollen. Ich habe mich damals nicht bei den Behörden oder Eingewanderten, sondern bei Einheimischen erkundigt und die Antwort erhalten: „Das Project ist ganz gut und die Erweiterung der Stadt eine Nothwendigkeit. Wenn wir die Sache verschieben, so kann man nicht wissen, ob die Verhältnisse sich nicht ändern und wir später schlechter fahren. Wir sind daher der Meinung, daß der Reichstag seine Zustimmung geben soll". Das ist der Inhalt von Briefen, die ich Ihnen heute noch vorlegen kann. Einen anderen Weg, sich zu informiren, gab es damals nicht, denn bekamen wir hier im Hause oder in der Budget-Commission von den elsässischen Abgeordneten irgend welche Auskunft? Das Geschäft ist für die Stadt kein schlechtes; ist erst auf dem an die Stadt verkauften Terrain in Ausübung des Rückkaufsrechts des Staates die Universität erbaut, so wird sich strahlenförmig von dieser aus dieser Stadttheil zum Vortheil der Stadt entwickeln. Daß, wie der Abg. Sonnemann durch Verlesung von Briefen hervorhob, Personen, die früher für den Verkauf stimmten, jetzt ihre Meinung geändert haben, beweist nichts; es ist dies ein einfaches Manöver, es mit keinem zu verderben; einerseits wollte man die Stadterweiterung, andererseits sucht man sich jetzt mit der Protestpartei auszusöhnen. Der Abg. Sonnemann sagte, die Stadt würde nach einer schlechten Seite erweitert. Ich habe das Terrain zu Fuß kreuz und quer durchschritten; es ist eine Hochebene, die, abgesehen von den noch vorhandenen Festungsgräben, zu dem gesundesten Theile der ganzen Umgegend Straßburgs gehört. In geschäftlicher Beziehung will ich über die Meinung des Abg. Sonnemann nicht urtheilen.

Wenn wir die Berufung einer Vertretung der Stadt zum Zwecke der Prüfung und Genehmigung dieses einen Vertrages verlangten, wenn wir im Widerspruch mit den Befugnissen, die wir in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse den Behörden ertheilt haben, in diesem Falle die Behörden invalid machen und sagen wollten, die von uns geschaffenen Behörden haben nicht die moralische Befugniß, einen solchen Act zu vollziehen, so würden wir einen ganz unbegreiflichen politischen Fehler begehen, das Ansehen jener Behörden geradezu vernichten. Nicht ad hoc, sondern überhaupt wieder eine regelmäßige Vertretung der Stadt zu schaffen, würde ich, je eher dies geschieht, für eine um so bessere und weisere Handlung der Regierung halten. Nach meinen Wahrnehmungen könnte es jetzt schon geschehen. Die Wiederholung der früheren Demonstrationen, die man nicht ernsthaft gemeint haben wollte, wird wohl unterbleiben, nachdem man gesehen hat, daß sie ernsthaft genommen werden.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Ohne Discussion wird der Bericht der Reichsschulden-Commission über die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes, bezw. des Deutschen Reiches und über den Reichskriegsschatz vom Hause entgegengenommen, darauf die Zusammenstellung der fernerweit liquidirten aus der Kriegskosten-Entschädigung zu erhebenden Beträge in erster Berathung in der Art erledigt, daß auf Grund von Erklärungen der Abgg. Rickert und von Benda die Verweisung dieser Vorlage an die Rechnungs-Commission nicht beliebt, sondern die zweite Berathung der Vorlage dem Plenum vorbehalten wird. Desgleichen wird der Gesetzentwurf, betr. die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für die Angehörigen der Reichs-Postverwaltung in dritter Berathung genehmigt; desgleichen die Uebersicht der außeretatsmäßigen außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen, welche durch den Krieg mit Frankreich veranlaßt sind oder mit demselben im Zusammenhange stehen. Vorbehaltlich der bei der Revision sich etwa noch ergebenden Erinnerung werden auf Antrag der Commission die Ueberschreitungen beim Lazareth- und Artillerie- und Waffenwesen im Betrage von rund 251,000 Thaler genehmigt und erklärt, daß durch die Vorlegung der Uebersicht dem Gesetze vom 2. Juli 1872 und 10. Februar 1875 genügt worden ist.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds.

Abg. v. Benda: Es hat sich bei dem großen Umfang der Geschäfte der Reichsschulden-Commission in dieser Angelegenheit als wünschenswerth herausgestellt, an Stelle der in § 3 des Gesetzes vorgesehenen Stellvertreter der Mitglieder eine Verstärkung der Mitgliederzahl eintreten zu lassen. Ich beantrage deshalb folgende Fassung des § 3: „Zur Wahrnehmung der der Reichsschulden-Commission durch die Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873 (Reichsgesetzblatt S. 117) übertragenen Geschäfte wird die Commission durch fünf Mitglieder verstärkt, zwei derselben werden vom Bundesrathe, drei vom Reichstag gewählt. An der Wahrnehmung der sonstigen Geschäfte der Commission nehmen diese Mitglieder nicht Theil."

Nachdem Abg. v. Schorlemer-Alst im Namen des Centrums erklärt hat, dasselbe werde für den Antrag stimmen, wird derselbe angenommen.

Zu diesem Gegenstande ist folgender Antrag der Abgg. Rickert, Hölder und Dr. Wehrenpfennig eingegangen: den Reichskanzler zu ersuchen: 1) die nach § 14 des Gesetzes vom 23. Mai 1873 aufzustellende Bilanz, in welcher der zeitige Capitalwerth der dem Reichsinvalidenfonds obliegenden Verbindlichkeiten anzugeben ist, aufstellen zu lassen und dem Reichstage in der nächsten Session vorzulegen; 2) zugleich in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem die entbehrlichen Zinsen und die Activbestände des Reichsinvalidenfonds vom 1. Januar 1877 ab Verwendung finden für: a) die Ausgaben des Reichs an Pensionen und Unterstützungen für Angehörige der vormals schleswig-holsteinischen Armee, b) die dem Reichshaushalt zur Last fallenden Pensionen und Pensions-Erhöhungen für Militärpersonen und Militärbeamte der Landarmee und der Marine, welche durch Krieg vor 1870—1871 invalide und zur Fortsetzung des activen Militärdienstes unfähig geworden sind, c) die dem Reichshaushalt zur Last fallenden Pensionen und Unterstützungen für Hinterbliebene der in den Kriegen vor 1870—1871 gefallenen Militärpersonen der Landarmee und der Marine.

Abg. Rickert: Der Antrag will nichts Anderes, als der bei der zweiten Berathung abgelehnte § 1 der Commissionsbeschlüsse. Der Vertreter der Bundesregierungen stellte damals die Zustimmung derselben zu dem § 1 nach Prüfung der Unterlagen in Aussicht.

Abg. v. Maltzahn-Gültz erklärt sich unter Berufung auf die Ausführungen des Abg. Lucius bei der zweiten Berathung und den damals erhobenen Widerspruch des Präsidenten des Reichskanzleramtes gegen den § 1 der Commissionsbeschlüsse gegen den Antrag Rickert.

Abg. Frankenburger: Der Vorredner scheint den Unterschied zwischen dem § 1 der Commissionsbeschlüsse und dem Antrag Rickert übersehen zu haben; nach ersteren sollten die in Folge der früheren Kriege entstandenen Pensionen und Unterstützungen auf den Invalidenfonds übertragen werden, der letztere ersucht um die Vorlage eines solchen Gesetzes. Der Antrag folgt auch gerade den Ansichten des Präsidenten des Reichskanzleramtes, denn derselbe erklärte, daß die Regierungen auf den Gedanken des § 1 der Commissionsbeschlüsse zu geeigneter Zeit eingehen wollten. Der Antrag soll einen Ersatz für diesen Paragraphen bieten, ich bedauere, daß er ihn nicht bietet. Es wird aber nach der eben erwähnten Erklärung die Reichsregierung kaum verantworten können, bei der Etatsberathung für das Jahr 1877 eine Erhöhung der Matrikularbeiträge oder neue Steuern zu beantragen, ohne vorher dem Antrag Rickert Folge gegeben zu haben (Hört! Hört!) und deshalb werden wir für den Antrag stimmen.

Der Antrag Rickert wird hierauf angenommen.

Es folgt die dritte Berathung des Antrages Zimmermann, welcher die Commission für die Concursordnung ermächtigt, ihre Berathungen nach Schluß dieser Session in der Zwischenzeit bis zur nächsten fortzusetzen.

Abg. Miquel: Gegner dieses Antrages berufen sich auf meine Aeußerungen bei der ersten Berathung der Concursordnung. Ich habe allerdings gesagt, daß die Justizgesetze und die Concursordnung nicht unmittelbar zusammenhängen, aber auch gesagt, daß die Civilproceßordnung und die Concurs-Ordnung in Uebereinstimmung gebracht werden müßten und Incongruenzen durch Rücksprachen der Mitglieder beider Commissionen zu beseitigen wären. Wenn die Concursordnung noch nicht in zweiter Berathung in der Commission erledigt ist, bei der Civilproceßordnung dies wohl der Fall ist, aber eine Erklärung der Reichsregierung über ihre Stellung zu den Beschlüssen der Commission noch nicht vorliegt, so ist es wünschenswerth, daß durch das Fortbestehen der Commission für die Concursordnnng die Möglichkeit der Herstellung einer vollständigen Harmonie zwischen beiden Gesetzen gegeben wird.

So große organische Gesetze lassen sich überhaupt während der Plenar-Berathungen des Reichstages schwer berathen; nach den Erfahrungen in der Justiz-Commission fördert eine vierzehntägige Berathung, wenn der Reichstag nicht tagt, die Arbeiten mehr, als eine vierwöchentliche, während der Reichstag tagt. Der ganze Abschluß der Justizgesetze wird durch den Antrag Zimmermann erleichtert. Auch ist der Reichstag verpflichtet, der überwiegenden Ansicht in der Commission selber Rechnung zu tragen.

Abg. **Mosle**: Ich wollte in der dritten Lesung des Gesetzes nicht wieder das Wort nehmen, nachdem es in der zweiten ohne anderen Widerspruch als den meinigen durch Majoritätsbeschluß angenommen ist. Aber die Ausführungen des Vorredners zwingen mich meinen Standpunkt noch etwas klarer darzustellen, als es mir in der zweiten Lesung gelungen zu sein scheint. Wenn er sagt, es sei nothwendig, um den Zusammenhang der beiden Gesetze herzustellen und um ein so großes Gesetz zu berathen, sich demselben ganz besonders zu widmen, so hat er nur dann vollständig Recht, wenn es sich darum handelte, ein neues Gesetz zu machen, oder die Berathung eines Gesetzes aus dem Gesichtspunkte vorzunehmen, daß, um alle Schwächen daraus zu entfernen und unter Umständen bei abweichender Meinung ein neues Gesetz herzustellen sei.

Er hat aber nach meiner Ansicht nicht Recht, wenn er davon ausgeht, daß die Aufgabe des Reichstags-Abgeordneten darin besteht, die vorgelegten Gesetze von solchen Gesichtspunkten aus aufzufassen. Er übersieht auch, daß ein Mitglied des Reichstages, welches während der Sessionen solche Gesetze berathen soll, — das wird doch auch noch öfter vorkommen — ein sehr großes Hilfsmittel zu einer sachlichen Berathung solcher Gesetze dadurch hat, daß es mit den Collegen im Reichstage im gegenseitigen Meinungsaustausch bleibt und die verschiedenen Gegenstände mit denselben überlegen kann. Wenn dagegen während der Zeit, wo der Reichstag nicht Session hat, solche Gesetze berathen werden, so wird dadurch zwar eine eingehendere Berathung möglich, aber ich halte das nicht für einen Vortheil. Ich fürchte im Gegentheil eine zu eingehende Berathung: die Concursordnung ist ja im Allgemeinen als gut, richtig und gelungen anerkannt. Ich fürchte, daß bei einer so speciellen Berathung, bei der auch verschiedene Mitglieder fehlen werden, die nicht abkommen können, nicht das Vollkommene erhalten bleibt, was sie jetzt bietet. Wenn der Abg. Miquel persönliche Rücksichten betont hat, so kann ich ihn durchaus beruhigen: diese persönlichen Rücksichten werde ich dadurch beseitigen, daß ich den Herrn Präsidenten ersuche, mich aus der Commission zu entlassen.

Darauf wird der **Antrag Zimmermann** mit sehr großer Majorität **angenommen**.

Das Haus setzt hierauf die in der letzten Sitzung abgebrochene Berathung der Vorlage über die **Erwerbung des Kroll'schen Etablissements zum Zwecke der Errichtung des Reichstagsgebäudes** fort.

Es liegen dazu folgende Anträge vor:

1) vom Abg. **Berger** und Gen.: „a. in Gemäßheit des Reichstags-Beschlusses vom 19. Mai 1873 wiederholt zu erklären, daß der Reichstag den Grund und Boden des Kroll'schen Etablissements hierselbst nebst dem angrenzenden Terrain als die geeignete Stelle für die Errichtung des Reichstagsgebäudes nicht ansieht; b) in Gemäßheit des Reichstags-Beschlusses vom 25. Februar 1874 den Reichskanzler wiederholt aufzufordern, Einleitungen zu treffen, um das hinter dem Kriegsministerium, der ehemaligen Porzellan-Manufactur und dem Herrenhause belegene Terrain, soweit solches zur Errichtung eines Reichstagsgebäudes erforderlich ist, zu erwerben und die desfallsige Vereinbarung dem Reichstage baldmöglichst zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen."

2) vom Abg. **Duncker**: „Für den Fall der Ablehnung des Antrages des Bundesraths den Reichskanzler zu ersuchen, mit der königlich preußischen Regierung in Verhandlung zu treten, ob und unter welchen Bedingungen gegenwärtig folgende zwei Plätze zum Zwecke des Reichstagshauses für das Reich zu erwerben sein würden: A. der Platz im Thiergarten zwischen dem Brandenburger Thor und der Lennéstraße; B. der Platz an der Ostseite des Königsplatzes: das Raczinsky'sche Palais und die anliegenden, dem preußischen Fiscus gehörenden Grundstücke und über das Resultat dieser Verhandlungen dem Reichstage in der nächsten Session Mittheilung zu machen."

3) vom Abg. **Lucius** (Erfurt): „In Erwägung, daß derselbe den Grund und Boden des Kroll'schen Etablissements am Königsplatz hierselbst, nebst dem angrenzenden Terrain als die geeignetste Stelle für die Errichtung eines Reichstagsgebäudes nicht ansieht — soll eine aus 7 Mitgliedern bestehende Commission eingesetzt werden, welche unter dem Vorsitz des Präsidenten des Reichstages 1) eine Revision des Bauprogramms vom 18. November 1871 veranlaßt, 2) weitere Ermittelungen anstellt, ob nicht ein geeignetes Terrain in centraler Lage für den definitiven Bau zu erwerben ist, 3) in der nächsten Session über das Ergebniß Bericht erstattet."

(Präsident Dr. **Simson** übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Reichensperger** (Crefeld): Den Vorwurf, der gegen die Commission erhoben worden ist, muß ich entschieden aufrecht erhalten. Ich selbst habe im Jahre 1874 den Antrag gestellt, welcher zu dem Beschlusse führte, die Commission zu beauftragen, wegen Erwerbung des hinter der Porzellanmanufactur gelegenen Terrains und wegen Aufstellung eines Kostenanschlages für die Ausführung des Parlamentsgebäudes auf diesem Terrain die erforderlichen Schritte zu thun, ich bin also der beste Interpret der Intentionen jenes Beschlusses. Was hat nun die Commission gethan? Sie hat, ohne hierzu einen Auftrag zu besitzen, mit einigen Sachverständigen geprüft, ob das vom Reichstag in Aussicht genommene Terrain zum Bau eines monumentalen Reichstagshauses überhaupt geeignet sei. Das Urtheil der Sachverständigen in dieser Frage war leicht vorauszusehen, denn von Anfang an haben dieselben eine entschiedene Abneigung gegen den Platz hinter der Porzellanmanufactur an den Tag gelegt und zu Kroll hingedrängt. So kam man denn in der Commission zu einem Beschluß, der das directe Gegentheil von dem aussprach, was der Reichstag gewollt hatte. Der Abgeordnete Berger hat Ihnen bereits die Unhaltbarkeit der von den Sachverständigen erhobenen Einwürfe gegen den Platz hinter der Porzellanmanufactur dargelegt, ich kann mich deshalb, um Ihnen einen Begriff von der Größe des Platzes zu geben, auf die Angabe beschränken, daß das Bauterrain doppelt so groß als der Dönhofsplatz ist und durch den leicht zu bewerkstelligenden Austausch mit benachbarten Grundstücken ohne Schwierigkeit auf das Drei- ja Vierfache der Größe des genannten Platzes gebracht werden kann. Ich meine, daß ein solcher Raum ausreicht, um ein wahres Prachtmonument hinzustellen. Man sagt nun, die Lage des Platzes sei für einen „monumentalen" Bau nicht geeignet — ein Ausdruck, den man nach Belieben dehnen kann, so daß Jeder etwas anderes darunter versteht. Ist der Escurial kein monumentales Gebäude? Oder glauben Sie, um die größere Macht des Deutschen Reiches Spanien gegenüber auszudrücken, nun auch das deutsche Parlamentsgebäude größer machen zu müssen, als den Escurial? Ich habe nie gehört, daß die Größe des Escurial die Würde der spanischen Nation repräsentirt — ich bitte Sie also, ziehen Sie in unsere Berathung nicht Dinge hinein, die derselben ganz fern liegen.

Und wenn nun eine Differenz der Ansichten zwischen den Architecten und uns über den Begriff eines „monumentalen" Parlamentsgebäudes herrscht, soll dann die Ansicht der Architecten den Ausschlag geben oder die des Reichstages? (Sehr richtig!) Die Architecten wollen einfach deshalb von dem von uns gewählten Bauplatz Nichts wissen, weil bereits andere Bauprojecte für dieses Terrain entworfen sind; das ist des Pudels Kern, und deshalb sollen wir auf den Platz des Kroll'schen Etablissements verwiesen werden. Wenn der Abg. v. Unruh darauf hingewiesen hat, daß wir uns in einem architectonischen Confusorium befinden, so stimme ich ihm darin vollkommen bei, nur glaube ich nicht, daß die Wahl des Krollschen Bauplatzes uns helfen wird, bei der Aufführung eines Reichstagshauses die Fehler dieses Zustandes zu vermeiden. In dieser Ueberzeugung bin ich noch bestärkt worden durch die Concurrenz der Baupläne, die aus aller Herren Länder, aus allen Stilen etwas brachten, bald ein Stück Louvre mit einem „monumentalen" Säulengange, bald ein Stück der Wiener vermischt mit einem Stück der Berliner Börse u. s. w. Und alles das wird mit Säulen ausgestattet, dem kostspieligsten und unpraktischsten Beiwerk, das keinen andern Zweck hat, als dem Publikum zu sagen: hier steht ein monumentaler Prachtbau! Sehen Sie sich in unserer Hauptstadt um; da finden Sie Gebäude mit Säulengängen, die nur die Fenster verdecken und das Licht abhalten, und oben darüber stehen Figuren, theilweise weiblichen Geschlechts (Heiterkeit), bei deren Anblick man sich des Wunsches nicht erwehren kann, sie mit Hilfe von Leitern aus ihrer gefährlichen Stellung zu befreien (Heiterkeit). Wollen wir einen Bau für das deutsche Parlament, so lassen Sie uns anknüpfen an unseren nationalen Stil und verwerfen Sie jenes System des Eklekticismus und der Vielmengerei, das sich uns überall aufdrängt. Man betont immer die Nothwendigkeit eines monumentalen Kolossalbau's. Gerade in der Kolossalität liegt ein Hinderniß für die ästhetische Durchbildung und gruppenartige Entwickelung des Gebäudes, die dem Zweck desselben am besten entspricht.

Ein solcher Kolossalbau verlangt vier Facaden, wodurch die Ausführung schon außerordentlich kostspielig wird, alle Facaden müssen gleich große Fenster haben, denn sonst entsetzt sich der gebildete Bürgersmann; durch alle diese Forderungen wird die Möglichkeit, die einzelnen Räume so zu gestalten, daß sie ihrem Zwecke vollkommen entsprechen, außerordentlich erschwert. Aus diesem Grunde wird es sich empfehlen, das Gebäude nicht als Massenbau, sondern als Gruppenbau zu behandeln. Der Abg. Duncker wies uns darauf hin, daß auch die alten Kirchenbaumeister ihren Kathedralen stets eine dominirende Stellung zu geben gesucht hätten. Ich widerspreche dem nicht, aber nirgends giebt es eine Kathedrale, die als Umgebung einen solchen Platz hätte, wie der Königsplatz. Ein Monumentalbau leidet sogar unter einer solchen Stellung; wenn der Platz einen gewissen Maßstab überschreitet, so frißt er das Gebäude auf; ein großes Prachtgebäude bedarf der Nähe kleinerer Häuser, an denen man seine imposante Größe messen kann. (Sehr richtig!) Sehen Sie Sich den Justiz-Palast in London an. Auch dort hat man lange Jahre nach einem geeigneten Platze gesucht und endlich den kostspieligen Bau in streng gothischem Stile, mitten in der City aufgeführt, wo von einer Umgebung wie der Königsplatz und der Thiergarten gar nicht die Rede ist, Sie sehen also, daß ein so practisches Volk, wie die Engländer, die gewiß ihre Millionen nicht unverständig wegwerfen, die Ansichten unserer Architecten durchaus nicht theilen. Man hat zu Gunsten eines kolossalen Massenbaues die Nothwendigkeit angeführt, große Prachtsäle für außerordentliche Feste in das Gebäude aufzunehmen. Ich möchte Sie bitten, auch von diesen Projecten Abstand zu nehmen. Was sollen wir mit riesigen Prachtsälen, die eine Menge Geld kosten und nur den Zweck haben, daß vielleicht alle drei Jahre einmal ein Ball in ihnen abgehalten wird, auf dem die Reichstagsabgeordneten den Berliner Damen die Honneurs machen? Oder wollen Sie vielleicht, daß der Präsident große Feste giebt? Sie würden dann tief in die Tasche greifen, und ihm Repräsentationsgelder im Betrage von mindestens 10,000 Pfund Sterl. bewilligen müssen.

Hinzu kommt, daß, je größer derartige Festräume sind, desto schwerer es ist, sie wahrhaft künstlerisch auszustatten. An die Stelle der Bildhauerarbeit tritt dann die Arbeit aus Gyps und andere Scheinornamentik. Ueberdies würden Sie durch solche Säle, die doch mit der Wohnung des Präsidenten in Verbindung stehen müßten, die letztere nur unbehaglich machen, denn der Präsident, wenn er nicht ein geborener Fürst ist, würde sich in solchen Räumlichkeiten, deren gesammte Einrichtung doch harmoniren müßte, stets wie an einem fremden Orte fühlen. — Aber selbst, wenn Sie an der Ausführung dieser Projecte festhalten, würde der Platz hinter der Porzellanmanufactur vollkommen ausreichen, vorausgesetzt, daß Sie die für Nebenzwecke bestimmten Räume in kleineren Gebäuden unterbringen, welche sich gruppenartig an den Hauptbau anlehnen würden. — Die Einwände gegen die abgeschlossene Lage des Bauplatzes entbehren jeder Begründung; sobald der projectirte Durchbruch der Kochstraße bis zur Königgrätzer Straße vollendet ist, liegt das Terrain ganz offen und ist von allen Seiten zugänglich. Was hat man also gegen den Platz hinter der Porzellanmanufactur einzuwenden? Es wird uns entgegengehalten, die preußische Regierung habe über diesen Platz bereits disponirt. Mit welchem Rechte aber kann die preußische Regierung auf Grund eines einfachen Gutachtens einer Commission, welche bindende Beschlüsse gar nicht zu fassen hatte, und sich überdies vollständig außerhalb des ihr gewordenen Mandats bewegte, über einen Platz verfügen, der durch ausdrücklichen Beschluß des Reichstages für Reichszwecke in Anspruch genommen war? Bei einer solchen Sachlage haben wir nicht den geringsten Anlaß, die uns entgegengehaltene „vollendete Thatsache" zu respectiren. Es ist über die mit der Verlegung des Reichtagsgebäudes nach dem Kroll'schen Etablissement verbundenen Inconvenienzen bereits soviel gesprochen worden, daß ich darauf nicht noch einmal zurükommen mag. Wenn Sie wollen, daß die Session des Reichstages in die Wintermonate fällt, so können Sie uns nicht zumuthen, daß wir uns alle Tage bis zu jener Gegend des Thiergartens hinaus begeben.

Das von dem Abg. Duncker uns vorgehaltene Beispiel des Feldmarschalls Moltke, der sein Generalstabsgebäude auch in jene Gegend verlegt hat, kann mich nicht bestimmen; der Abg. v. Moltke macht in so vielen Dingen eine Ausnahme von den gewöhnlichen Sterblichen, daß seine Handlungen als Regel für Andere nicht hingestellt werden können. (Heiterkeit.) Selbst wenn das Dunckersche Ideal eines Pferdebahn-Omnibus verwirklicht sein wird, kann ich mich für die Wahl des Krollschen Platzes nicht erwärmen. Denken Sie Sich, daß wir spät Abends unsere Commissionssitzungen in dem Parlamentsgebäude gehalten haben und nun in das Innere der Stadt zurückkehren wollen. Der nächste Pferdebahn-Omnibus würde dann die ersten zehn Mann mitnehmen, während die übrigen so lange warten müssen, bis auch an sie die Reihe der gruppenweisen Beförderung kommt. (Heiterkeit.) Ob das der Würde der Vertreter der deutschen Nation entspricht, weiß ich nicht; mir scheint es ein Bild, das eine nähere Beleuchtung nicht verträgt. Besser thäten wir dann, unsere Sitzungen nach Charlottenburg zu verlegen, wo wenigstens kleine Wohnungen zu haben sind, in denen man sich einrichten könnte. Wir würden dann das Beispiel von Versailles nachahmen, was ganz modisch wäre. Daß die Umgebung von Kroll, wenn wir das Parlament dorthin verlegten, bald mit Häusern bedeckt sein würde, in denen die Abgeordneten wohnen könnten, bezweifle ich sehr. An großen Häusern mit Wohnungen zu 2000 bis 3000 Thaler Miethe wird es nicht fehlen, das zeigt Ihnen schon jetzt die Gegend der Alsenbrücke; aber kleine Quartiere mit 1 und 2 Stuben, die man auf drei Monate miethen könnte, werden Sie vergebens suchen. Hierzu kommt, daß schon jetzt für das Krollsche Terrain ein wahrer Gründerpreis gefordert wird; welche Summen wird man erst verlangen, wenn wir uns durch einen Beschluß die Hände gebunden haben und nur die Wahl haben, entweder die gestellte Forderung zu bewilligen, oder den Beschluß zurückzunehmen.

Was den Platz des Raczynski'schen Palastes betrifft, so habe auch ich gehört, daß derselbe jetzt zu haben wäre; dennoch würde ich das Terrain hinter der Porzellan-Manufactur vorziehen, obwohl jener Platz im Verhältniß zu Kroll ein wahres Juwel ist. An Bauplätzen für andere Zwecke fehlt es überhaupt nicht, so daß es der preußischen Regierung gar nicht schwer werden kann, für den Bau eines Gewerbe-Museums und einer Gewerbe-Akademie ein geeignetes Terrain zu finden. Schlimmsten Falls würde der Platz hinter der Porzellan-Manufactur, wenn der vorher angedeutete Austausch anliegender Parzellen stattfände, sogar ausreichen, um die genannten gewerblichen Gebäude noch **neben** dem Parlamentsbau aufzunehmen, so daß ein **absolutes** Hinderniß auch in dieser Beziehung nicht vorliegt. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie in erster Linie an dem früher gefaßten Beschlusse festzuhalten; wollen Sie das nicht, so nehmen sie den Antrag des Abg. Lucius an. Derselbe rückt die Ausführung des Baues allerdings wieder in eine gewisse Ferne, doch die auf dem Spiele stehenden Interessen sind bedeutend genug, um einen solchen Aufschub zu rechtfertigen. Also — nehmen wir uns Zeit und wählen das Beste. (Beifall.)

Präsident **Delbrück** recapitulirt noch einmal den historischen Hergang der Reichstagsbeschlüsse, deren letzter ausdrücklich in voriger Session, ohne Widerspruch im Hause zu finden, als unausführbar bezeichnet wurde, während der letzte Commissionsbericht, der sich entschieden gegen den Reichstagsbeschluß wandte, ohne jeden Protest seitens des Reichstages blieb. Aus diesem Hergang der Dinge mußte die Bundesregierung die Anschauung gewinnen, daß der Reichstag in seiner Mehrheit seinen früheren Beschluß fallen lasse und aufgeben wolle. (Widerspruch.) Es wird daher das Vorgehen der Regierung unmöglich als eine Rücksichtslosigkeit und als eine Illoyalität gegen den Reichstag angesehen werden dürfen. — Was den vom Vorredner monirten, exorbitanten Preis betrifft, den die preußische Regierung für den Kroll'schen Platz gefordert haben soll, so muß ich constatiren, daß die preußische Regierung eine wirkliche Forderung gar nicht gestellt hat. Auf Anlaß des Reichstages wurde damals nur eine Taxe sowohl des Kroll'schen wie des Radziwill'schen Terrains aufgenommen und diese Taxe wurde dem Reichstage einfach mitgetheilt. Im allseitigen Interesse kann die Bundesregierung nur dringend wünschen, daß der Reichstag nicht einen Beschluß fasse, der mit demjenigen, was die preußische Regierung im Einverständniß mit ihrer Legislatur angenommen und entschieden hat, in eine Collision trete.

Abg. Dr. **Lucius** (Erfurt): Da die preußische Regierung die entschiedene Abneigung dieses Hauses gegen das Kroll'sche Project kennt, so hätte man doch um so mehr erwarten müssen, in den Motiven der Vorlage eine nähere Begründung zu finden, weshalb gerade dies Terrain für das Parlamentshaus sich eigene und kein anderes. Eine solche Motivirung vermisse ich durchaus. Der Reichstag hat wiederholt und entschieden constatirt, daß er ein Gebäude zu errichten wünscht, welches in erster Linie seinen geschäftlichen Zwecken genügt und eine centrale Lage in der Stadt besitzt (Zustimmung), sodann in zweiter Linie war der Reichstag darin einig, daß das zu errichtende Gebäude der Größe der errungenen Erfolge Ausdruck geben solle. Gegen die Annahme des Kroll'schen Terrains hat sich der Reichstag mit einer Entschiedenheit ausgesprochen, die als ein unbedingter Protest angesehen werden muß. Wenn nichts destoweniger dies Project und zwar von Seiten der preußischen Regierung heute dem Reichstag von Neuem vorgelegt wird, so ist das doch sicherlich alles Andere eher als ein Entgegenkommen gegen die Wünsche des Reichstages. (Sehr richtig.) Wie man daraus, daß der Reichstag gegen den Commissionsbericht in der letzten Session keine Zeit gefunden, sich auszusprechen, den Schluß ziehen will, er habe diesem Bericht geradezu im Widerspruch mit all seinen früheren Beschlüssen zugestimmt, ist mir unerklärlich. — Ich bin im Uebrigen der Ansicht, daß durch den bisherigen Aufschub das ganze Project nicht verloren hat. Wir sind in dieser Zeit klarer geworden über unsere geschäftlichen Bedürfnisse und vielleicht auch nüchterner in unseren künstlerischen Ansprüchen. Ich halte den Gedanken einer Revision des früheren Projectes, den der Abg. Reichensperger vorführte, für einen durchaus richtigen.

Wenn wir die Festsäle und alle Dienst- und Beamtenwohnungen aus dem Reichtagsgebäude heraus und in einem besonderen Gebäude unterbringen, so wird es uns sicher viel leichter werden, einen geeigneten Bauplatz zu finden. Es sind keineswegs alle geeigneten Bauplätze bereits ins Auge gefaßt. Ich erinnere z. B. nur an das Decker'sche Grundstück in der Wilhelmsstraße, für welches insbesondere auch der Umstand spricht, daß die Terrains zu beiden Seiten desselben bereits Staatseigenthum sind. Es ist nicht eine freie Wahl, sondern die Folge der Ereignisse, die zwingende Logik der Thatsachen, welche Berlin zur Reichshauptstadt gemacht hat, und wenn auch Berlin von allen Hauptstädten Europas, vielleicht mit Ausnahme von Madrid und Petersburg, die am wenigsten anziehende ist, so sind wir doch wohl alle darin einig, daß der deutsche Reichstag nirgend anders als in Berlin tagen kann; da wäre es also gewiß eine Pflicht der preußischen Regierung dem Reichstage das Tagen hier so viel als möglich zu erleichtern. Ich kann dem Hause nur dringend empfehlen, in Consequenz seiner früheren Beschlüsse das von der preußischen Regierung vorgeschlagene Terrain abzulehnen und den von mir gestellten Antrag anzunehmen. Unter dem Ausdruck „centrale Lage", den mein Antrag enthält, verstehe ich die Lage innerhalb des Stadtviertels zwischen der Dorotheen- und Zimmerstraße, der Königsgrätzerstraße und dem Dönhofsplatz.

Bundesbevollmächtigter Minister Dr. **Achenbach**: Nach der Ausführlichkeit meines gestrigen Vortrages kann ich mich heute darauf beschränken, auf einige Aeußerungen des Vorredners zu entgegnen. Es liegt Ihnen kein Antrag der preußischen Regierung, sondern ein Beschluß des Bundesrathes vor, der allerdings daran festhält, daß der Kroll'sche Platz am meisten geeignet ist. Dennoch wäre eine Annahme unserer heutigen Vorlage für den Reichstag keineswegs absolut bindend, sondern könnte in eine Revision des Projects eingetreten werden, wenn das Elaborat des Reichskanzlers über die demnächst wegen des Terrains zu führenden Verhandlungen vorliegen würde. Ich habe schon gestern ausgeführt, weshalb das Verhalten des Reichstages zu der Annahme berechtige, daß die Versammlung das Terrain hinter der Porzellanmanufactur definitiv aufgegeben habe, und ich begreife besonders die Empfindlichkeit des Vorredners über den preußischen Landtag nicht, weil er über dieses Terrain in der letzten Session disponirt hat. Wo war er denn während der eingehenden Debatten, welche im Abgeordnetenhause darüber geführt worden sind? (Hört! Heiterkeit.) Das einzige Reichstagsmitglied, welches protestirte, war der Abg. v. Diederichs, sein Antrag wurde indessen mit großer Mehrheit verworfen, nachdem der Referent der Budget-Commission, der Reichstagsabgeordnete Rickert, versichert hatte, die Vertrauensmänner der Reichstagsmehrheit wären darüber übereingekommen, aus formellen Gründen von einer directen Aufhebung des früheren Reichstags-Votums zu Gunsten des Porzellanmanufactur-Projects abzusehen. Wie gegenwärtig die Verhältnisse dieses Platzes liegen, habe ich gestern hervorgehoben. Bei allen Plänen, die in Bezug auf den Platz gemacht worden sind, ist doch immer angenommen worden, daß das dem preußischen Fiscus gehörige Terrain nicht ausreicht und daß man Theile des prinzlichen Besitzes, des Kriegsministeriums und von Privatgrundstücken würde hinzunehmen müssen. Der Abgeordnete Reichensperger nimmt an, daß die Erwerbung dieser Terrains leicht sein würde; ich kann diese Voraussetzung nicht theilen; glaube vielmehr, daß die Erwerbung auf die größten Schwierigkeiten stoßen würde, und kann nur dringend bitten, von dem Terrain hinter der Porzellan-Manufactur gänzlich abzusehen.

Abg. **Römer** (Hildesheim): Wenn man auch ebenfalls auf den Kroll'schen Platz ein monumentales Gebäude stellen könnte, so kann ich doch dem Projecte schon um deshalb nicht zustimmen, weil unsere Commission nach der ersten Verwerfung des Kroll'schen Planes den Platz zwischen der Lennéstraße und dem Brandenburger Thor als den geeignetsten sowohl in monumentaler Hinsicht als auch in geschäftlicher und sachlicher Beziehung und zwar mit allen gegen **eine** Stimme bezeichnet hat. An dieser Auffassung halte ich auch jetzt noch fest, denn für das Reichstagshaus ist der beste Platz in Berlin eben gut genug.

Abg. **Bamberger**! Von Seiten der Mitglieder der Bibliothek-Commission ist darauf aufmerksam gemacht worden, wie sehr der status quo unseres dermaligen Wohnsitzes einer Revision bedürftig ist, und auch ohne die jetzige Vorlage hätte es sich dringend empfohlen, hierauf unser Augenmerk zu richten. Was Sie auch heute entscheiden mögen, 5—6 Jahr werden zum Mindesten hingehen, ehe der Reichstag in das neue Gebäude einzieht. Nun sind gegen die Sicherheit vor Feuersgefahr bei dem dermaligen Gebäude sehr triftige Einwendungen gemacht worden. Das Balkenwerk, welches die Bibliotheksräume trägt und die Last von 50,000 Bänden zu tragen hat, ist seit langer Zeit nicht revidirt und kann möglicherweise einmal eine sehr schwere Katastrophe eintreten. Wenn ich heute keinen Antrag stelle, so wird es sich empfehlen, daß aus der heutigen Discussion der Vorstand des Hauses, eventuell der Reichskanzler Anlaß nehme, nach Schluß der Session jedenfalls das gegenwärtige provisorische Gebäude einer gründlichen Prüfung von Seiten Sachverständiger zu unterziehen, und ich halte ihn stillschweigend für ermächtigt, alle diejenigen Mittel, welche sich als nothwendig erweisen sollten, darauf zu verwenden, daß gegen alle Gefahr, die noch im nächsten Jahre drohen könnte, Vorbeugung getroffen werde.

Zur Sache selbst will ich heute nur versuchen, den Mitgliedern nochmals zu Gemüthe zu führen, daß der Kroll'sche Platz von allen Plätzen der am wenigsten geeignete ist. (Ruf: Oho!) Ich bitte den Abg. v. Dücker, wenn er Oho! ruft, sich auch von den Stenographen als Autor verzeichnen zu lassen, damit man nicht glaube, daß das ganze Haus „Oho" gerufen, sondern nur der Herr Abg. v. Dücker. Ich sage also, der Kroll'sche Platz ist durchaus von allen Plätzen der am wenigsten geeignete. Ich gehe weiter und sage: er ist **gänzlich ungeeignet**. Ich halte es für außerordentlich glücklich, daß unser Beschluß in dieser Beziehung gerade durch die Unschlüssigkeit der vorausgehenden Berathungen etwas verschoben worden ist. Ich finde das weit weniger unglücklich, daß wir uns einigermaßen beschämt fühlen müssen, weil wir mit der Sache nicht so schnell zu Stande gekommen, als wenn wir Beschluß gefaßt hätten, unter Umständen, die im Stande waren, unser Urtheil gänzlich irre zu führen. Die früheren Berathungen haben stattgefunden noch zur Zeit der schwungvollen Bauperiode. Niemand entzieht sich dieser Atmosphäre und so wenig das hohe Haus auch inmitten derselben gestanden hat, so ist es doch einigermaßen von der ganzen Richtung und Stimmung des industriellen Geistes mit beeinflußt worden, als er damals theilweise eine gewisse Neigung für Kroll verrieth. Man glaubte damals, Alles würde sich bis ins Unendliche entwickeln, keiner Industrie seien Schranken gezogen. Wie jedes Bergwerk bis in die Mitte der Erde zu gehen bestimmt sei, so würde auch die Stadt Berlin sich nach allen Dimensionen ausdehnen und so auch Kroll eine große Zukunft in Aussicht stehen. Jeder, wer nicht daran glauben wollte, wurde als skeptischer Kleinstädter verlacht. Als der College Duncker, auf dessen Urtheil ich sehr viel gebe, uns vor zwei Jahren das Project warm empfahl, setzte er hinzu: Was die Schwierigkeit der Niederlassung außerhalb in der Nähe des Reichstagsgebäudes anlange, so kenne er einen Herrn, der bereit sei, unmittelbar neben Kroll ein Hotel zu bauen.

Ich bitte den Herrn Duncker um die Adresse des Herrn, um zu erfahren, ob er vielleicht noch geneigt ist, ein Hotel zu errichten. Er würde sich besser dabei stehen, wenn er sich für Geld sehen ließe. Hat sich denn noch Niemand von Ihnen gefragt, welches der Ursprung der beiden Gebäude ist, auf welche man hier jetzt so oft zu sprechen komme. Beide, Kroll und Raczynski, sind unter ganz eigenthümlichen Verhältnissen entstanden, beide gehören dem Fiskus, der jetzige Eigenthümer oder Besitzer hat nur das Recht einer superficies erhalten. Der Gedanke, daß Berlin nach Nordosten marschire, ist nicht neu, er ist alt, er hat in den maßgebenden Regionen geherrscht und man hat das Experiment gemacht, ein paar Tambours vorauszuschicken. (Heiterkeit.) Man hat Kroll und Raczynski die Superficies geschenkt, damit sie dort bauen, und um den Berlinern das Beispiel zu geben, daß sie sich da herum weiter gruppiren. Was hat es genutzt? Die Gebäude sind geblieben rari nantes in gurgite vasto, sie stehen vollkommen isolirt mit Ausnahme einiger weniger officieller Gebäude, die man noch hingestellt hat, und nach 30 Jahren ist der gehoffte Stadttheil nicht entstanden, wie er, glaube ich, auch in Zukunft nicht entstehen wird. (Widerspruch.) Es hat seinen guten Grund, daß Berlin sich nicht nach dieser nordwestlichen Seite hin entwickelt. Ein Blick auf die Karte von Berlin ergiebt, welches die inneren physiologischen Gründe sind, welche die Berliner bestimmen, nicht nach jener Seite hinzugehen. Zwischen Kroll und der eigentlichen Stadt liegt der Thiergarten als ein schützender Vorhang vor dem Nordwind in unserem ohnehin nicht wirthlichen Klima. Hinter dem Theile von der Thiergartenstraße bis zur Lützowstraße nach Südwesten zieht sich die Stadt hin; da ziehen sich die eleganten Viertel hin, da ziehen auch jetzt die Künstler hin. Wo der schützende Wall des Thiergartens fehlt, zieht sich die Stadt zurück und weigert sich an die Ufer der Spree vorzurücken, welche hier ganz bloß liegt und weder durch Anpflanzungen noch durch Gebäude vor dem Nordwinde geschützt ist, noch geschützt werden kann, und außerdem ist noch der Ostwind, der die Spree hindurch herabkommt, auf dem Kroll'schen Platz vollkommen entfesselt. Jeder, je länger er in Berlin wohnt, überzeugt sich davon, daß da das Rendezvous aller 32 Winde der Windrose ist (Heiterkeit). Der unwirthliche Zustand des Platzes ist für mich der Hauptgrund, nicht die Entfernung.

Wenn der Reichstag sich für diesen Platz entschiede, würde ich an das Reichsgesundheitsamt appelliren, damit es sein Veto dagegen einlege. (Heiterkeit.) Es handelt sich nicht blos darum, einmal in die Sitzung zu gehen.

Wir haben beschlossen in der Winterzeit zu tagen, in der von 11 Uhr ab nur 4 Stunden Tag ist. Nun haben wir unsere Commissionssitzungen, Fractionssitzungen und alle sonstigen Berufsübungen in der Nacht meistens während der Wintermonate, um so mehr, wenn wir von November bis Januar und Februar tagen sollen, und nun sollen wir immer diesen, von Sturm und Wind gepeitschten Platz drei-, viermal täglich durchschreiten, getrennt von Allem, was in Berlin zum Comfort des Lebens gehört. Mit dem größten Erstaunen habe ich von mehreren Abgeordneten und namentlich auch von Herrn v. Unruh Vergleiche ziehen hören zwischen London und Paris, zwischen den dortigen Repräsentantenhäusern und dem Krollschen Platz. Das englische Parlament ist ja gerade in das Herz von London hineingebaut, es liegt an den Ufern der Themse, wo sich der Süden die Hand reicht mit dem Norden, die City mit dem Westend, neben den Gerichtshöfen, in der Mitte des elegantesten und industriellen Viertels. Ebenso ist es in Paris. Dort liegt das Repräsentantenhaus am schönsten Platze, gerade in der Mitte zwischen dem Gelehrtenviertel, dem eleganten, dem adligen Viertel und dem Finanzviertel in dem industriellen Theile der Stadt, kurz in einem so idealen Mittelpunkt, wie wir ihn gar nicht besser herausbringen können; und uns schlägt man vor, hinauszugehen nach demjenigen Punkt, der bis jetzt noch gar nicht einmal bebaut ist, von dem man erst hofft, er werde einmal bebaut werden. Und nun, m. H., kommt die Ästhetik. Lassen Sie mich sagen, daß, wenn praktische Rücksichten uns schon abhalten müssen, nach Kroll zu gehen, noch vielmehr die ästhetischen Rücksichten uns davon zurückhalten müssen.

Da stimme ich mit Herrn Reichensperger überein, und es ist für mich ein wahrhaftes Räthsel, wie man vom künstlerischen Standpunkt dafür plaidiren kann, man solle ein Gebäude auf einem großen, weiten, unabsehbaren und unbebauten Platz setzen. Man spricht von „monumental"; aber ich befürchte sehr, man verwechselt die Begriffe „monumental" und kolossal. Unsere Architekten und unsere Monumentenbauer sind nur zu sehr geneigt, in dieser Beziehung Fehler zu machen. Ich will ja nicht erinnern an das, was uns abschrecken könnte auf diesem Königsplatz. Es giebt viele Sinnbilder, deren Sinn so heilig ist, daß er auch das Bild schützt, aber nach dem Beispiele von Monumentalität auf dem Königsplatz darf man uns das nicht zumuthen. (Zustimmung.) Erinnern Sie sich an den Ausspruch des Fürsten Bismarck, man solle keinen zu hohen Werth auf die Façade der Gesetze legen. Hier ist die Stelle, davon zu sprechen, ob wir wirklich der Façade alles andere opfern wollen. Es ist das blos eine Bequemlichkeit der Architekten, einen möglichst freien Platz zu haben, und wenn sie in der Lüneburger Haide ein Haus bauen können, würden sie womöglich mit acht Façaden bauen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Sehen Sie, meine Herren, denn in anderen europäischen Städten aus den berühmtesten Zeiten der Renaissance officielle Bauten so hinausgeschoben in die äußerste Vorstadt? Stehen der Mailänder Dom, die Signoria in Florenz, die Markuskirche in Venedig nicht auch auf beschränkten Plätzen? Ich kenne nur ein Ding in der Welt, das so steht, das ist der St. Paolo in Rom, zu dem Niemand hingeht trotz allem Schmuck, der darauf verwendet ist. Ein gutes Bild will seinen Rahmen, und wenn Sie einen noch so monumentalen Palast in die Sandsteppe bei Kroll stellen, so ist das ebenso, als wenn Sie ein Bild ohne Rahmen auf die nackte Wand kleben. Es herrscht bei uns einmal diese abstracte künstlerische Richtung, die auf Berge und in Wälder hinein Kunstdenkmäler setzen will, was die Griechen und Römer nie gethan haben. Demselben Ideengange ist der Gedanke entsprungen, den Reichstagspalast auf die Kroll'sche Ebene zu stellen, weil er dort den besten Platz hat. Der Horizont wird hier begrenzt sein durch einige Bahnhöfe, Kasernen, einen Exerzierplatz, ein Mustergefängniß. (Heiterkeit.)

Bedenken Sie neben der architectonischen auch die politische Seite. Wir haben bisher nur von der Bequemlichkeit und Unbequemlichkeit der Parlamentsmitglieder gesprochen. Wir haben die Oeffentlichkeit nicht ganz umsonst, sondern legen großes Gewicht darauf, ein großes Publikum zu haben. Diese Isolirung würde uns aber dem Berliner und fremden Publikum ganz entfremden. In keinem anderen Lande der Welt würde man auf den Gedanken verfallen, den Mittelpunkt der Reichsgesetzgebung hinauszustellen vor die Hauptstadt, wo die letzten Häuser stehen, uns gewissermaßen zu Pfahlbürgern der Haupt- und Residenzstadt zu machen. (Heiterkeit.) Es ist charakteristisch, daß wir uns in Berlin so quälen müssen, einen guten Platz zu bekommen. Dreißig Millionen bietet das Reich seiner Hauptstadt, um sich in seinem Herzen niederzulassen und man antwortet uns wie etwa ein reicher Mann dem Künstler, der ihm ein Bild schenkt: ich will es dankbar annehmen, aber in das Vorzimmer meines Landhauses hängen. Das ist die Ehre, die man dem Reichstage erzeigt. Ich bitte, sowohl aus Gesundheits-, ästhetischen und politischen Rücksichten jedenfalls den Vorschlag, auf dem Kroll'schen Platz zu bauen, abzulehnen. Thun Sie das nicht, so wird Kroll Ihnen das Beispiel geben, wie falsch Sie geurtheilt haben. Der jetzige Eigenthümer wartet wohl nur auf die Millionen, die wir ihm zahlen werden, um in dem Theile der Stadt, wo wir sein sollten, sein Theater zu bauen; dann wird er die Inschrift an die Bühne schreiben: Dem deutschen Reichstage der dankbare Kroll! (Große Heiterkeit. Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Lucius mit der von Berger beantragten Abänderung: statt „geeignetste" zu sagen „geeignete" mit sehr großer Majorität angenommen und ist damit die Regierungs-Vorlage beseitigt. Zu der sehr kleinen Minderheit, die gegen den Antrag Lucius stimmt, gehören u. A. die Abgg. Graf Moltke, Fürst Lichnowski, v. Behr, Lasker, Oppenheim, Miquel und Duncker.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Dinstag 11 Uhr. (Hilfskassen, Strafgesetz-Novelle u. s. w.)

Berlin, 7. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzt 2c. Dr. Steinheim zu Bielefeld den Charakter als Sanitäts-Rath, und dem Kaufmann und Inhaber einer Filzwaaren-Fabrik Philipp Leo zu Berlin das Prädikat eines Königlichen Hoflieferanten verliehen.

Berlin, 7. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen im Laufe des gestrigen Vormittags den Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, den Fürstlich Lippe'schen Hofmarschall v. Issendorff, den Flügel-Adjutanten Oberst-Lieutenant v. Alten, Commandeur des Regiments der Gardes du Corps, und den Generalmajor Freiherrn v. Loë, Commandeur der 3. Garde-Cavallerie-Brigade.

Heute Vormittag empfingen Se. Majestät den Flügel-Adjutanten Major v. Stülpnagel, nahmen im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen und hörten den Vortrag des Chefs des Civil-Cabinets, Geheimen Cabinets-Raths v. Wilmowski.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in dem fünften Vortrage des Wissenschaftlichen Vereins anwesend. Später fand eine kleine Abendgesellschaft im Königlichen Palais statt. Gestern wohnte Ihre Majestät dem Gottesdienst in der St. Matthäikirche bei. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 7. Februar. [Das Etatsjahr. — Sitzung des Staatsministeriums. — Die Ruhmeshalle.] Der Reichstag hat bei Berathung der Vorlage wegen Verlegung des Etatsjahres lediglich die politischen und wirthschaftlichen Verhältnisse, welche für das Reich maßgebend sind, in's Auge gefaßt. Man hat aber dabei den Verhältnissen Preußens nnd der übrigen Bundesstaaten nicht die entsprechende Rücksicht geschenkt, so daß nach dieser Seite hin große Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Da der Reichstag das erstmalige Eintreten des Etatsjahres noch hinausgeschoben wissen will, so wird eine Herbstsession nöthig werden, sowohl um den Etat für das nächste Jahr festzustellen, als auch, um die Justizgesetze zu erledigen. — Da aber der Reichstag auch wieder bald nach den Neuwahlen in Function treten soll, so wird er wiederum in den ersten Monaten des folgenden Jahres zusammentreten müssen und es ergiebt sich daraus, daß für den preußischen Landtag etwa nur der Monat December frei bleiben wird. Für die Erledigung aller seiner Aufgaben würde er dann zu einer Nachsession im vorgerückten Frühjahr versammelt werden müssen. Vermuthlich wird der Reichstag auf alle diese Schwierigkeiten bei den Schlußverhandlungen über die in Rede stehende Vorlage Rücksicht nehmen. — Am Sonnabend hat eine Sitzung des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten Camphausen stattgefunden. Wie man hört, standen Landtags-Vorlagen auf der Tagesordnung, und zwar der Gesetzentwurf, betreffend die Synodalverfassung, und der Gesetzentwurf wegen Verwaltung des katholischen Diöcesan-Vermögens. Der Gesetz-Entwurf wegen Abtretung der Staats-Eisenbahnen an das Reich ist noch nicht zur Berathung gekommen. — Gegenüber der Behauptung, daß das Project der Umwandlung des hiesigen Zeughauses in eine Ruhmeshalle aufgegeben sei, können wir das Gegentheil versichern. Es schweben vielmehr noch die Verhandlungen zwischen den betheiligten Ressorts; es ist aber zweifelhaft, ob das Project noch in der gegenwärtigen Sessiou zur Erledigung gelangen wird.

= [Zum Begräbniß der Frau von Forckenbeck] haben sich Seitens des Vorstandes des Reichstages nach Breslau begeben die Schriftführer Dr. Weigel, Wölfel und Freiherr v. Toden, Seitens der Fraction der Nationalliberalen die Abgg. v. Winter, Dr. Buhl, Dr. Dohrn und Koch (Braunschweig).

[Miquel.] Wie aus den Berichten über die Sonnabendsitzung des Deutschen Reichstages hervorgeht, hat Herr Oberbürgermeister Miquel bereits von der Tribüne herab erklärt, daß er, um vielerlei Angriffen, wie sie in letzter Zeit wiederholt hervorgetreten sind, in Zukunft aus dem Wege zu gehen, seine Stellung als Vorsitzender des Aufsichtsrathes der Discontogesellschaft niederzulegen beabsichtige. Herr Miquel hat diesen Entschluß dem Aufsichtsrathe des Institutes nunmehr bereits angezeigt.

Dresden, 7. Februar. [Die Wiedereinberufung des sächsischen Landtags] erfolgt dem „Dresdener Journal" zufolge zum 21. d. M.

Oesterreich.

*** **Wien**, 6. Februar. [Die Note Andrassy's und die Wiener Blätter.] Die heutigen Morgenblätter sind alle einig darüber, der Reform-Note vom 30. December das höchste Lob zu zollen. Es ist ihnen nicht zu verargen, daß ein österreichisch-patriotisches Gefühl sie bei dem Gedanken beseelt, Oesterreich „zum ersten Male seit zehn Jahren wieder die Fahne einer großen politischen Action entfalten zu sehen." Auch stört es sie nicht, daß diese Fahne im Grunde die ungarische Tricolore ist, da ja die Depesche nicht nur nicht den entferntesten Gedanken einer den Magyaren so verhaßten Annexion südslavischer Elemente enthält, sondern auch, um „die Verlegung des Schwerpunktes nach Pest" so recht deutlich zu markiren, von Budapest aus datirt ist. Wir sind es schon gewohnt, daß die wichtigsten Actenstücke, selbst wenn sie ausschließlich die Erblande betreffen, in Ofen zur Vollziehung gelangen, so die Einsetzung des Ministeriums Hohenwart, die Sanction der Wahlreform und der confessionellen Gesetze. Diese Präponderanz Ungarns wird nunmehr also auch auf das diplomatische Gebiet übertragen. Um von der Aeußerlichkeit, die aber nichts weniger als gleichgiltig ist, auf den Inhalt des Documentes überzugehen, so läßt sich gar nicht in Abrede stellen, daß Graf Andrassy neben der Wiederholung der allgemeinen Grundsätze des modernen Staatsrechtes, wie sie in den Reform-Gesetzen der Türkei seit dem Hatischeriff von Gülhane (1839) und dem Hathumayum von 1856 bis auf den Irade und den Ferman vom October und December 1875 proclamirt sind, auch sehr practische Vorschläge zur dauernden Herstellung des Friedens zwischen Moslim und Rajah in Bosnien und der Herzegowina macht. Aber was ist damit geschehen, da die Note selbst immer wieder darauf zurückkommt, daß die Pforte sich noch immer zu allen erdenkbaren Versprechungen hat bereit finden lassen, ohne dieselben jemals zu halten? Die Reform-Vorschläge selber mußten also diesmal ganz in den Hintergrund treten gegenüber der Frage nach den Mitteln, wodurch die Mächte die ernsthafte Durchführung der türkischen Verheißungen und die Controle darüber sicher stellen können. Darin allein lag der entscheidende Punkt, auf dessen Erledigung alle Welt gespannt und namentlich der Divan mit dem äußersten Mißtrauen gerüstet war. Nun, in dieser Richtung ist absolut gar nichts geschehen. Zweierlei proponirt die Note: Einsetzung von Notabeln-Versammlungen zur Ueberwachung der Reformen und ausdrückliche Verpflichtung der Pforte zur Einhaltung ihrer Verheißungen gegenüber den Mächten. Die Reformen, welche der Hathumayum versprach, wurden ausdrücklich in dem Pariser Friedensvertrag vom März 1856 verbürgt: was hat es genützt? Und was die Notabeln-Versammlungen anbelangt, so ist ja eine solche in Kreta seit dem letzten Aufstande eingeführt — und doch drohte Andrassy's Note selbst für das Frühjahr mit einer neuen Insurrection auf der Insel! Ja, der Schuraj-Devlat, der hohe Rath in Konstantinopel, wurde ja zur selben Zeit vom Sultan mit einer förmlichen Thronrede eröffnet: was hat er geholfen?

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 4. Februar. [Cardinal Manning und die extremen Ritualisten.] Wie das „Reuter'sche Bureau" aus Rom erfährt, begiebt sich Cardinal Manning nach Rom, um daselbst ein Project für die Vereinigung der extremen ritualistischen Geistlichkeit der englischen Staatskirche mit der römisch-katholischen Kirche, an welchem er, wie es heißt, zwei Jahre gearbeitet hat, zu befürworten. Der Papst soll dem Vernehmen nach das Project begünstigen, aber die heiligen Congregationen sind dagegen. Cardinal Manning und andere Persönlichkeiten hoffen jedoch, deren Bedenken beseitigen zu können.

Inzwischen veröffentlicht die „Morning Post", in deren Spalten zuerst die Ankündigung über eine Intrigue zwischen den Ritualisten und dem Vatican erschien, folgende etwa 100 Unterschriften tragende „Erklärung":

„Wir, die unterzeichneten Geistlichen der Kirche von England, der Schule angehörig, welche gemeiniglich als die der Hochkirchenmänner bekannt ist, desavouiren und leugnen hierdurch jeden Antheil und jede Theilnahme an einem jüngst an Cardinal Manning augenscheinlich im Namen eines Theiles jener Schule gerichteten anonymen Briefe, worin um die Herstellung einer dem Papst untergeordneten Uniat-Kirche petitionirt wurde. Wir erklären ferner, daß wir, abgesehen von anderen zahlreichen und ernstlichen Hindernissen nicht glauben, daß eine Basis für Unterhandlungen mit der römischen Kirche möglich ist, so lange die vaticanischen Decrete nicht mit eben so vieler Formalität zurückgezogen und widerrufen werden, als sie promulgirt wurden."

[Die deutsche Regierung] hat dem britischen Auswärtigen Amt ihren Dank abgestattet für den Schutz, welcher deutschen Unterthanen während der jüngsten Wahl-Cravalle in Peru von den daselbst anwesenden Befehlshabern britischer Kriegsschiffe angeboten wurde. Die Offiziere erklärten sich bereit, jeden nothwendigen Beistand zu leisten und die Deutschen an Bord zu nehmen, falls sie es wünschen sollten.

[Neue Themse-Brücke.] Der Gemeinderath der City von London hielt gestern eine außerordentliche Sitzung, um verschiedene Anträge über die Zweckmäßigkeit einer Erweiterung der London-Brücke über die Themse und andere Mittel zur Erleichterung des Verkehrs in Erwägung zu ziehen. Diese Frage beschäftigt die Stadtväter der City schon seit geraumer Zeit sehr angelegentlich und mittlerweile sind sie zu der Ueberzeugung gelangt, daß selbst eine Erweiterung der Brücke dem täglich wachsenden Verkehr auf derselben keine Erleichterung schaffen würde, ganz abgesehen von den enormen Kosten und den technischen Schwierigkeiten einer solchen baulichen Operation. Nach einem polizeilichen Ausweis passirten die Brücke im Januar 1875 täglich im Durchschnitt über 100,000 Fußgänger und über 19,000 Wagen. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, von der Idee einer Erweiterung der Brücke Abstand zu nehmen und das Brücken-Comite zu instruiren, sich mit der Staats-Regierung über die Thunlichkeit des Baues einer neuen Brücke über die Themse oder eines Tunnels östlich von der London-Brücke zu verständigen.

Provinzial-Zeitung.

□ **Breslau**, 6. Februar. [Handwerkerverein.] Herr Dr. Buch setzte am Montag den 31. v. M. seine Belehrungen über den Galvanismus und die auf dessen Wirkungen bestehenden Erscheinungen fort, namentlich über den Einfluß auf Magnet und Magnetnadel und über die dabei zu Tage tretenden Gesetze hinsichtlich der Strömungen jener Naturkraft, so z. B. daß sich um jeden selbst der denkbar kleinsten Theile eines Magnets, so auch der Erde ein elektrischer Strom bewege. Er wies das Eintreten entsprechender Erscheinungen an verschiedenen Apparaten, u. a. an dem Solinoid, einem aus einem spiralförmig gebogenen Drath bestehenden Apparat, nach. Am Schlusse des Vortrages unterzogen sich wieder einige Mitglieder den Wirkungen der elektrischen Inductionsströmungen und darauf wurden einige Fragen bezüglich des bevorstehenden Carnevalsfestes beantwortet.

Dieses Fest fand am 5. d. Mts. im Springerschen Concertsaal zu Anfang des Carnevals auch im Handwerkerverein statt und war der Saal an demselben mit verschiedenen Fahnen in den deutschen und anderen Farben und anderen Emblemen geschmückt. Es hatte sich eine große Anzahl Narren und Närrinnen, zum Theil maskirt, eingefunden, wenn deren Zahl auch in Rücksicht der geringeren Anzahl der Vereinsmitglieder nicht jene Ueberfülle Besucher und jenen Reichthum an Masken bot, die frühere Feste des Vereins aufgewiesen hatten, wozu allerdings auch noch an demselben Abend stattfindende concurrirende Bälle das Ihrige beitrugen. Das Festprogramm enthielt nächst einigen abwechselnden Piecen von Strauß und Suppé einen Localscherz von Dr. W. Gr., einem beliebten, nun seit einigen Jahren leider verstorbenen Mitglied der Lehrerschaft des Vereins: „Zehn Minuten vor der Aufführung, oder das unterbrochene Fest der Handwerker" in einem Aufzuge mit wenig Vorzügen und gepumpten Anzügen, mit Kalauern gewürzt von A. F., das einige Scenen aus dem Leben des Handwerkervereins in die Erinnerung der Mitglieder fröhlich mit seiner Verwirrung zurückrief. Der Fortsetzung des Balles, die sich an dieses Lustspielchen anschloß, folgten dann zwei lebende Bilder („bei der Arbeit" und „beim Jubel") aus dem Leben der Handwerker, deren eines dieselben in der Thätigkeit ihres Gewerbes, das andere bei einer Festfeier darstellte. Beide Bilder mußten mehrmals wiederholt werden. Nach längerem Tanz trug der berühmte Verse-Zauberer Camillo Siverino vom Orchester aus seine humoristisch-satyrische Improvisation: „Prinz Carneval auf der Rundreise" vor, die mit ihren Witzen und Vergleichungen die Mitglieder heiter unterhielt. Noch ein Tänzchen und „die große Pause im Narrenhaus bei Jubel, Kneiperei und Schmaus" vereinigte das närrische Haus zu fröhlichem Zusammensein, in welchem dasselbe auch „Zu Lust und Lehre", ein Lied des Herrn Ad. Freyhan, anstimmte, welches in humoristischer Weise viele Moden und andere Thorheiten unserer Damen und Herren geißelte. Vermißt wurde nur der sonst übliche Narrenzug, der in früheren Jahren den eigentlichen Mittelpunkt der Carnevalslust gebildet hatte.

---

8 **Guhrau**, 6. Februar. [Kreiskrankenhaus. — Zur Volkszählung.] Laut zweiten Jahresberichtes über die Verwaltung des hiesigen Kreiskrankenhauses pro 1875 beläuft sich die Zahl der Krankenbetten gegenwärtig auf 30. Während bei Gründung der Anstalt auf eine Durchschnittszahl von 7 bis 8 Kranken gerechnet war, steigerte sich dieselbe im Jahre 1874 bereits auf 12 und erreichte im verflossenen Jahre (1875) schon den Durchschnitt von 17 Kranken pro Tag. In Folge dieser zunehmenden Freqnenz mußte eine dritte Diakonissin aus der Anstalt Bethanien in Breslau erbeten werden, welchem Gesuche Seitens des dortigen Vorstandes mit größter Bereitwilligkeit entsprochen wurde. Von den im Jahre 1875 aufgenommenen 159, mit Hinzurechnung des Bestandes von 19 Kranken aus dem Jahre 1874, sich auf 178 summirenden Kranken, welche sämmtlich, mit Ausnahme eines Patienten, der ein besonderes Zimmer beanspruchte, unentgeltliche Aufnahme und Pflege fanden, konnten, Dank den Bemühungen des Anstaltsarztes, Herr Kreisphysikus Dr. Rothe und der aufopfernden Pflege der Diakonissinnen, 132 geheilt entlassen werden; 12 mußten ungeheilt entlassen werden, 16 starben und 18 verblieben in der Kur. Die Gesammteinnahme der Anstalt betrug 7107 Mark 36 Pf., die Gesammtausgabe 7560 Mark 17 Pf. Von der letzteren Summe sind, Behufs Feststellung der wirklichen Unterhaltungskosten die einmalge Restzahlung an den Baumeister von 1072 Mark 50 Pf. abzuziehen, so daß sich der Unterhaltungs-Etat der Anstalt auf 6874 Mark 67 Pf. herausstellt. — Nach der am 1. December v. J. stattgefundenen allgemeinen Volkszählung stellt sich die ortsangehörige Bevölkerung des hiesigen Kreises auf 35,771 Köpfe, die ortsanwesende dagegen auf nur 35,468. Von der ersteren Zahl kamen auf die Städte Guhrau 4140, Herrnstadt 2140 und Tschirnau 778. Leider hat sich seit der Zählung von 1871 die Gesammtbevölkerung des Kreises um 1121 Köpfe vermindert. Guhrau hat um 95 zu-, Herrnstadt um 143 ab- und Tschirnau um 28 Personen zugenommen. Sämmtliche Einwohner des Kreises bilden 8710 Familien und bewohnen 5319 Häuser.

J. P. **Aus der Grafschaft Glatz**, 6. Februar. [Kreistags-Vorlagen.] Zu dem Bau der durch das Weistritzthal von Alt-Heide nach Rückers projectirten Kreis-Chaussee hat der Herr Finanzminister, in Vertretung des bei dem Chausseebau interessirten Forstfiskus, dem Kreise eine Beihilfe von 10,000 Mark aus dem Fonds der Forstverwaltung bewilligt, dagegen die unentgeltliche Abtretung des zu diesem Chausseebau erforderlichen forstfiskalischen Terrains davon abhängig gemacht, daß entweder sämmtliche betheiligten Gemeinden und Grundbesitzer die nöthigen Grundstücke unentgeltlich hergeben oder der Forstfiskus von Beiträgen zu den Kosten der Grundentschädigung freigelassen wird. Ueber diese Angelegenheit soll die Kreisversammlung des Kreises Glatz künftigen Dinstag Beschluß fassen. Außerdem werden derselben der Verwaltungsbericht pro 1875, ferner der Kreis-Communalkassen-Etat pro 1876 zur Feststellung und endlich folgender Antrag der Stadtgemeinde Glatz zur Berathung und Beschlußfassung vorgelegt werden: „Der Kreistag wolle sich damit einverstanden erklären, daß der zum aufgehobenen Minoritenkloster in Glatz gehörig gewesene und bei Mühldorf gelegene Wald nebst Forsthaus, Garten und Ackerstück von zusammen 89 Morgen, welcher bisher einen selbstständigen Gutsbezirk gebildet hat, früher im Hypothekenbuch für die Freirichtergüter eingetragen war und jetzt im Grundbuch von Mühldorf verzeichnet ist, unter Uebertragung in das Grundbuch von Glatz mit dem Gemeindebezirke der Stadt Glatz vereinigt werde." — Nach dem vorliegenden Etat der Kreis-Communal-Kasse des Kreises Glatz pro 1876 balanciren die Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen Kreisverwaltung mit 42,758 Mark.

⊙ **Beuthen O.-S.**, 6. Februar. [Zur Tageschronik.] In wie weit sich die Lust zu Nebauten und Renovationen hier bethätigt, mag aus der Mittheilung entnommen werden, daß für das laufende Jahr bereits mehrere Anträge zur Genehmigung von größeren Neubauten gestellt sind, und daß die Stadtbaudeputation im vorigen Jahre 244 hierauf bezügliche Vorlagen erledigt hat. Zur Vervollständigung des Stadtbebauungsplanes sind neuerdings 2000 Mark in dem städtischen Etat pro 1876 ausgeworfen und bewilligt worden. Wie bei anderen in neuerer Zeit sich rasch vergrößernden Städten ist auch hier die Frage eines nach außen weitergreifenden, definitiv festgestellten Bebauungsplanes eine offene, wenigstens hat, so viel bekannt, der früher entworfene und der Regierung vorgelegte Stadtbauplan die Genehmigung noch nicht erhalten. — Mit dem 1. Februar haben die Schulprüfungen im hiesigen Kreise begonnen und werden die Zeit bis zum 12. April in Anspruch nehmen. Für Beuthen selbst sind dieselben auf die Tage vom 7. bis 20. März und für die verschiedenen Stadttheile von Königshütte vom 18. Februar bis 6. März festgesetzt. Am 30. und 31. März findet die Prüfungsabnahme in der jüdischen Schule zu Beuthen durch Herrn Dr. Rosenthal statt. — Als Director des Curatoriums der Beuthener Kreissparkasse ist Herr Landrath v. Wittken und als dessen Stellvertreter Herr Bürgermeister Küper von der königl. Regierung zu Oppeln bestätigt worden. Die Herren Commerzienrath Dr. Friedländer, Justizrath Walter und Dr. Mannheimer fungiren als Beisitzende. — Herr Kreisgerichtsrath a. D. Schlegel, welcher dem Sparkassen-Curatorium ebenfalls als Beisitzender angehörte, ist am 4. d. in Folge wiederholter Schlaganfälle gestorben. Der Entschlafene hat am hiesigen Gericht 25 Jahre hindurch amtirt und sich durch seine persönlichen Eigenschaften auch in weiteren Kreisen große Achtung und Zuneigung erworben. Seine Beerdigung geschieht heut unter Theilnahme des Kriegervereins.

[Verspätete Züge.] Aus Posen meldet die „Ostd. Ztg." unterm 7. Febr.: Die Eisenbahnzüge haben sich gestern in Folge des starken Schneefalls fast sämmtlich verspätet und auf der Posen-Kreuzburger Bahn ist sogar der Zug, welcher Nachmittags 3 Uhr 8 Minuten hier eintreffen sollte, in der Nähe von Schroda im Schnee einige Zeit stecken geblieben, so daß von hier aus eine Locomotive zur Aushilfe abgesendet werden mußte. Der Zug, welcher um 4 Uhr 54 Minuten Nachmittags von hier nach Ostrowo abging, hat, wie man hört, gleichfalls vor Schroda einen tiefen Einschnitt wegen starken Schneefalls nicht passiren können. Die übrigen Züge auf den anderen hiesigen Bahnen verspäteten sich bis gegen 50 Minuten.

[Mährische Grenzbahn.] Die am 5. d. M. abgehaltene außerordentliche Generalversammlung dieser Bahn genehmigte das mit der Regierung am 2. Januar d. J. abgeschlossene Uebereinkommen, wonach die Bahn an eine von der Regierung zu bezeichnende Unternehmung (bekanntlich die Ferdinands-Nordbahn) gegen ein baar oder in Obligationen der Mährisch-Schlesischen Nordbahn nach dem Nominalbetrage zu entrichtendes Entgelt

von 3 Millionen Gulden Silber für das Actien-Capital von 9 Millionen Gulden Silber übergeht.

Berliner Börse vom 7. Februar 1876.

Wechsel-Course.

Amsterdam100Fl.	8 T.	3	163,20 bz
do. do.	2 M.	3	168,50 bz
London 1 Lstr. .	3 M.	4	20,26,5 bz
Paris 100 Frcs. .	8 T.	4	81,16 bz
Petersburg100SR.	3 M.	6	259,70 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	262,40 bz
Wien 100 Fl. . .	8 T.	4½	176,40 bz
do. do.	2 M.	4½	175,10 bz

Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4½%consol.	4½	105,10 bz
do. 4%ige	4	99,30 bz
Staats-Schuldscheine. .	3½	92,90 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	132,50 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,50 bz
Pfandbr. Berliner	4½	101,70 B
Pfandbr. Pommersche	3½	84,20 bz
Pfandbr. Posensche neue. .	4	94,70 bz
Pfandbr. Schlesische	3½	85,20 G
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	98,75 B
Rentenbriefe. Pommersche	4	97,10 bz
Rentenbriefe. Posensche.	4	96,90 bz
Rentenbriefe. Preussische.	4	97,10 bz
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	99,60 bz
Rentenbriefe. Sächsische.	4	99,00 G
Rentenbriefe. Schlesische	4	97,10 bz
Badische Präm.-Anl. .	4	123,00 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	125,20 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	108,90 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 258,00 etbzB
Badische 35 Fl.-Loose 142,30 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,60 bzG
Oldenburger Loose 138,90 B

Ducaten 9,50 G	Fremd.Bkn. 99,83 G
Sover. 20,33 G	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,23 G	Oest. Bkn. 176,60 bz
Imperials 16,65 G	Russ. Bkn. 263,50 bz
Dollars 4,17 bzG	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	101,00 bzB
Unkb.Pfd.d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,00 bzG
do. do.	5	99,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,25 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,25 bz
do. do. do.	4½	98,40 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,50 bzG
Kündb.Hyp.Schuld.do.	5	99,50 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C.B	5	101,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	105,25 G
do. do. II. Em.	5	101,75 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	109,00 bz
do. do. II. Em.	5	106,80 bzG
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	103,00 B
do.4½ do. do. m.110	4½	96,00 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,00 bzB
Oest. Silberpfandbr. .	5½	54,75 bzG
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	60,00 B
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	88,90 B
Schles.Bodencr.-Pfdbr.	5	100,25 G
do. do.	4½	94,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,00 G
do. do. 4½%	4½	98,00 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente. . . .	4⅕	64,60-70 bzB
do. Papierrente. . . .	4⅕	60,30 bzG
do. 54er Präm.-Anl. .	4	106,50 G
do. Lott.-Anl. v. 60. .	5	112,90 bz
do. Credit-Loose . . .	—	338,00 bzB
do. 64er Loose . . .	—	295,50 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	179,30 bz
do. do. 1866	5	178,50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	85,10 bz
do.Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	89,70 B
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	86,10 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	— —
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68,40 bzG
Amerik. rückz. p.1881	6	104,90 G
do. do. 1885	6	102,10-20 etbB
do. 5% Anleihe . . .	5	101,75 bzG
Französische Rente . .	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	70,90 bz
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	106,60 G
Raab-Grazer100Thlr.L.	4	78,30 bz
Rumanische Anleihe. .	8	103,00 bz
Türkische Anleihe. . .	5	20,20 bz
Ung.5%St.-Eisenb.-Anl.	5	72,10 G

Schwedische 10 Thlr.-Loose 48 G
Finnische 10 Thlr.-Loose 41,50 B
Türken-Loose 41,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II. .	4½	100,00 B
do. III, v. St.3½ g.	3½	84,90 bz
do. do. VI.	4½	97,00 B
do. Hess. Nordbahn	5	103,50 G
Berlin-Görlitz	5	101,50 G
do.	4½	— —
do. Lit. C. . .	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	—
do. do. E.	4½	96,00 G
do. do. F.	4½	96,00 G
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	91,50 B
do. do. J.	4½	89,90 B
do. do. K.	4½	90,00 Bbz
Cöln-Minden III. Lit.A.	4	90,25 bz
do. . . Lit.B.	4½	98,90 bz
do. . . . . IV.	4	92,90 bz
do. . . . . V.	4	89,50 G
Halle-Sorau-Guben . .	5	97,70 bz
Hannover - Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener . . .	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97,25 bzB
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,50 B
do. do. III. Ser.	4	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	85 G
do. C.	4	91,50 G
do. D.	4	91,50 G
do. E.	3½	86 B
do. F.	4½	101,30 bzB
do. G.	4½	98,50 bzG
do. H.	4½	101,40 bz
do. . . von 1869	5	103,60 bzG
do. von 1873. .	4	— —
do. von 1874. .	4½	96,60 bz
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	91,50 G
do. do.	5	103,50 bzG
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	75,75 B
Ostpreuss. Südbahn . .	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	103,50 bzG
Schlesw. Eisenbahn .	4½	98,25 G
Chemnitz-Komotau .	5	26,90 B
Dux-Bodenbach.	5	67,00 etbzB
do. II. Emission. .	5	59,75 G
Prag-Dux.	fr.	24,25 bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,30 bz
do. do. neue	5	85,70 bzG
Kaschau-Oderberg . . .	5	64,50 bzG
Ung. Nordostbahn . . .	5	61,50 B
Ung. Ostbahn.	5	58,10 G
Lemberg-Czernowitz .	5	69,60 bzG
do. do. II.	5	72,25 bzG
do. do. III.	5	64,50 bz
Mährische Grenzbahn	5	76,75 bzG
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	25,90 bz
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn .	5	72,80 G
Oesterr.-Französische	3	320,90 bz
do. do. II.	3	337,40 bz
do. südl. Staatsbahn	3	237,50 bz
do. neue	3	237,25 bzG
do. Obligationen	5	81,30 G
Warschau-Wien II. . .	5	97,50 bz
do. III. . .	5	96,90 B
do. IV. . .	5	93,20 bzG
do. V. . .	5	91 B

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen - Mastricht.	1	—	4	24 etbzB
Berg.-Märkische . .	3	—	4	79,30 bz
Berlin-Anhalt . . .	8⅘	—	4	104,90 bz
Berlin-Dresden . .	5	—	5	28 bzG
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	29,50 bz
Berlin-Hamburg. .	12½	—	4	172,60 bzG
Berl. Nordbahn . .	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb.	1⅘	—	4	75 bzG
Berlin-Stettin . . .	9 11/12	—	4	125,50 bzG
Böhm. Westbahn.	5	5	5	80,25 bz
Breslau-Freib. . . .	7½	—	4	79,75 bzB
Cöln-Minden	6 9/20	—	4	96 bz
do. Lit. B.	5	5	5	94 bzG
Cuxhaven. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach.E.	0	0	4	12,40 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	—	4	85,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	—	4	12,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	4	15,60 bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	49 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	53,75 bz
Ludwigsh.-Bexb.	9	—	4	175,75 bz
Märk.-Posener . . .	0	—	4	22,25 bzG
Magdeb. - Halberst.	3	—	4	50 bzG
Magdeb.-Leipzig . .	14	14	4	200 bz
do. Lit. B.	4	4	4	94 bzB
Mainz-Ludwigsh. .	6	—	4	98 bz
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	98,90 bz
Oberschl. A.C.D.E.	12	—	3½	138,50 bzG
do. B. . . .	12	—	3½	130 bzB
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	—	4	519-19,50 bz
Oest. Nordwestb.	5	—	5	244,40 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	1⅓	—	4	198 bz
Ostpreuss. Südb. .	0	—	4	27 bzG
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	103,30 bzB
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	55,90 bzB
Rheinische	8	—	4	113,70-14 bz
do. Lit.B.(4% gar.)	4	4	4	91,90 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	15,75 bz
Rumän. Eisenbahn	4	—	4	26,60 bzG
Schweiz Westbahn	0	—	4	16,30 G
Stargard - Posener	4½	4½	4½	101,40 bzG
Thüringer Lit. A.	7½	—	4	111,75 bz
Warschau-Wien. .	10	—	4	208,75 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer . .	4	—	5	55,75 bz
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	28,75 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	21,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	27,50 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	2½	—	5	— —
Märkisch-Posener	0	—	5	64 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	57,50 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	85 bzG
Ostpr. Südbahn . .	3½	—	5	70,50 bz
Pomm. Centralb. .	0	—	fr.	—
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	107,25 bz
Rumänier	8	8	8	82,75 bzG
Saal-Bahn.	2⅔	0	5	25,40 bz
Weimar-Gera. . . .	5	2½	5	23,50 bzG

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	5	—	4	conv. — —
AngloDeutscheBk.	0	—	4	51 bz
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	—	4	183 B
Berl.Handels.-Ges.	7	—	4	89 bz
do.Prod.-u.Hdls.-B.	10½	—	4	86,90 bzG
Braunschw. Bank.	7½	—	4	86,50 bzG
Bresl. Disc.-Bank	4	—	4	63,75 bz
Bresl.Maklerbank	0	—	4	— —
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	—	4	64 G
Coburg.Cred.-Bnk.	4½	—	4	61 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	—	4	113,10 G
Darmst. Creditbk.	10	—	4	109,50 bz
Darmst. Zettelbk.	6½	—	4	93,75 B
Deutsche Bank . .	5	—	4	79 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	157,50 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	93,50 bzG
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	77,50 bz
Disc.-Comm.-Anth.	12	—	4	122,50 bzG
Genossensch.-Bnk.	6	—	4	90 bzB
do. junge	6	—	4	95 G
Gwb.Schuster u.C.	0	—	4	13,50 bz
Goth. Grundcredb.	9	—	4	105,50 G
Hamb. Vereins.-B.	11½	—	4	117 bz
Hannov. Bank. . .	6⅔	—	4	101 bzB
do. Disc.-Bank	0	—	4	85,50 G
Königsb.Ver.-Bank	5⅔	—	4	80,10 bzG
Lndw.-B. Kwilecki	6½	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	9⅛	—	4	118,90 bzG
Luxemburg. Bank	9	—	4	105 G
Magdeburger do.	5½	—	4	103 G
Meininger do.	4	—	4	76,75 bzB
Moldauer Lds.-Bk.	3	—	4	— —
Nordd. Bank	10	—	4	121 G
Nordd.Grundcr.-B.	9½	—	4	100,75 G
Oberlausitzer Bk.	0	—	4	54 B
Oest. Cred.-Actien	6⅞	—	4	397,50-6 bz
Posner Prov.-Bank	6	—	4	94,25 G
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	90,50 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	117,70 bz
Sächs.Bank.	10½	—	4	117,25 bz
Sächs. Cred.-Bank	5	—	4	82,10 G
Schl. Bank-Verein	6	—	4	81,75 bz
Schl. Vereinsbank	5	—	4	88,10 G
Thüringer Bank. .	6	—	4	72,50 bzG
Weimar. Bank. . .	5½	—	4	59,50 bzB
Wiener Unionsb. .	5	—	4	129,50 G

In Liquidation.)

Berliner Bank . . .	0	—	fr.	87 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	75,30 bz
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4 B
Berl.Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	— —
Berl. Wechsler.-B.	0	—	fr.	36,50 G
Br.-Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
do.Hand. u.Entrep.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	86 bzG
Hessische Bank .	0	—	fr.	58,40 B
Ndrschl. Cassenv.	0	—	fr.	0,50 B
Ostdeutsche Bank.	6	—	fr.	81,60 bzG
Pos.Pr.-Wechsl.-B.	0	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	48 G
Pr. Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	—
Schl. Centralbank	2	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	9,25 B

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	7½	—	fr.	126,90 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	12 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	4	—	4	70,60 bzG
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	16,75 G
Nordd.Gummifab.	5½	—	4	47 bzG
do. Papierfabr.	4	—	4	19 B
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	5,40 bzB
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	126 G
Schles. Feuervers.	17	—	4	580 G
Donnersmarkhütte	4	—	4	19 G
Dortm. Union . . .	0	—	4	9,40 bzG
Königs- u. Laurah.	10	—	4	57,50 bz
Lauchhammer . . .	0	—	4	19,75 bzG
Marienhütte	7½	—	4	67,90 bzG
Moritzhütte.	0	—	4	— —
OSchl. Eisenwerke	1	—	4	— —
Redenhütte	0	—	4	3 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	20 B
Schl.Zinkh.-Actien	7	—	4	83,25 bz
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	44 B
Vorwärtshütte . . .	1	—	4	15,50 G
Baltischer Lloyd .	0	—	4	36,75 bzG
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	44 bzG
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	48,75 G
Erdm. Spinnerei	4	—	4	19,75 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	—	4	37,25 bzG
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	11 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	2	—	4	25,25 bzG
Schl. Leinenind . .	7½	—	4	86,50 bzG
S.Act.-Br. (Scholtz)	0	—	fr.	— —
do. Porzellan	0	—	4	30 G
Schl. Tuchfabrik .	0	—	4	— —
do. Wagenb.-Anst.	0	—	fr	— — 188G
Schl. Wollw.-Fabr.	0	—	4	24 G conv
WilhelmshütteMA.	4	—	4	— —

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Madrid, 7. Februar. Der von dem General Quesada über die Einnahme von Durango an die Regierung erstattete Bericht lautet folgendermaßen: „Durango, 5. Februar. Wir haben Durango, die gewöhnliche Residenz des Don Carlos, ohne Widerstand genommen, nachdem wir Truppenkräfte bis Ambiano vorgeschoben hatten. Der Vormarsch war sehr sicher, da wir in San Antonio de Urquida und in Ochandiano Streitkräfte zurückgelassen hatten. Die Municipalität, die Geistlichkeit und die Einwohner Durangos haben im Vertrauen auf die gute Disciplin unserer Truppen die Stadt nicht verlassen. In Zornoza ist ein großer Vorrath Salpeter gefunden worden, der nach Bilbao gebracht worden ist."

Athen, 7. Februar. Brailas Armenis wurde zum Gesandten in Petersburg ernannt und ist gestern abgereist. Ein königliches Decret ordnet den Sessionsschluß an, da die Beschlußfähigkeit der Kammer nicht erreicht werden konnte.

(L. Hirsch' telegraphisches Bureau.)

Prag, 7. Februar. Die Verhaftung des Directors Hampel erfolgte in Glauchau in Sachsen. Es ist erwiesen, daß doppelte Bücher geführt wurden, um die verbrecherischen Vorgänge zu verbergen. Dem „Prager Amtsblatt" zufolge bezieht sich das Deficit von 700,000 Gulden auf das Contocorrent-Geschäft. Mit der gerichtlichen Untersuchung ist der Landesgerichtsrath Badi betraut. Die verbrecherischen Manipulationen datiren bis zum April 1872 zurück.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 7. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 M. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 15, Pariser Wechsel 81, 22, Wiener Wechsel 176, 00. Böhmische Westbahn 160¼, Elisabethbahn 143¾, Galizier 170, Franzosen*) 259¼, Lombarden*) 98, Nordwestbahn 122¼, Silberrente 64⅛. Papierrente 60¼, Russ. Bodencredit 85, Russen 1872 98⅞, Russ. Anleihe de 82 —, Amerikaner de 1885 102⅛, 1860er Loose 113, 1864er Loose 295, 80, Creditactien*) 153, Nationalb. 768, 50, Darmstädt B. 110⅞. Brüsseler Bank —. Berliner Bankverein 75⅞. Frankf. Bankverein —, dto. Wechslerbank 76¾, Deutsch-österreichische Bank 89¾, Meininger Bank 76¾, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 158, Continental —, —. Hess. Ludwigsbahn 97⅝. Oberhessen 72¾. Ungarische Staatsloose —. do. Schtzw. alte 93, do. neue 91⅜. Central-Pacific 90⅞. Türken —. Ung. Ostb.-Obl. II. 64¾. Reichsbank 157⅝. — Lebhaft. Creditactien matt, übrige Werthe fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 153¾, Franzosen 259¾, Lombarden 98, Galizier —, 1860er Loose —. Oesterreichisch-deutsche Bank —. Reichsbank —.

*) Per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 7. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116¾, Silberrente 64⅞, Credit-Actien 153¾, Nordwestbahn —, 1860er Loose 113⅜, Franz. 649, Lombarden 244½, Ital. Rente 71¼. Vereinsbank 117¼, Laurahütte 57¼, Commerzbank 89½, do. II. Emission —, Norddeutsche 123, Provinzial-Disconto —, Anglo-deutsche 51½, do. neue —, Internationale Bank 84½, Amerikaner de 1885 95⅜, Köln-Mindener St.-A. 96¼, Rheinische Eisenbahn do. 114⅜, Bergisch-Märkische do. 79½. Disconto 3 pCt. — Fester.

Hamburg, 7. Februar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine fest. Roggen loco flau, auf Termine fest. Weizen pr. Febr. 198 Br., 197 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 204 Br., 203 Gd. Roggen pr. Februar 148 Br., 147 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Kilo 151 Br., 150 Gd. — Hafer ruhig. — Gerste still. — Rüböl geschäftslos, loco 67, pr. Mai 66½, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 65½. Spiritus ruhig, pr. Febr. 35, März-April 35½, per Mai-Juni 36½, per Juni-Juli per 100 Liter 100 % 37. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum behauptet, Standard white loco 13, 70 Br., 13, 60 Gd., per Februar 13, 20 Gd., per August-December 12, 40 Gd. — Wetter: Thauwetter.

Liverpool, 7. Februar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Tagesimport 17,000 Ballen, davon 7000 B. amerikanische, 3000 B. ostindische

Liverpool, 7. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Ruhig.

Middl. Orleans 6¾, middl. amerikanische 6 11/16, fair Dhollerah 4 7/16, middl. fair Dhollerah 4 3/16, good middl. Dhollerah 4, middl. Dhollerah 3¾, fair Bengal 4⅛, good fair Broach 5, new fair Oomra 4½, good fair Oomra 5, fair Madras 4⅛, fair Pernam 7¼, fair Smyrna 5⅞, fair Egyptian 6⅝.

Upland nicht unter low middling März-April-Lieferung 6⅜, April-Mai-Lieferung 6 5/16, Mai-Juni-Lieferung 6½, Juni-Juli-Lieferung 6 9/16, Januar-Februar-Verschiffung per Segler 6 7/16 D. Orleans nicht unter low middling Februar-März-Verschiffung per Segler 6 9/16 D.

Antwerpen, 7. Februar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, dänischer 27¾. Roggen ruhig. Hafer stetig. Gerste behauptet.

Antwerpen, 7. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 34 bez., 34¼ Br., per Februar 32¾ bez., 33 Br., per März 30¾ Br., per April 30½ Br., pr. September 31 Br. Fest.

Bremen, 7. Febr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard white loco 13, 10 bez., pr. Februar 13, 00 bez., pr. März 12, 70 Br., pr. April 12, 35 Br.

Berlin, 7. Februar. Der gestrige Privatverkehr war sehr wenig belebt, nur in Credit große Bewegung. Oesterreichische Creditactien 305—301½—4½—304, Lombarden 196—195, Franzosen 519—518½, Galizier 85, Silberrente 64,60, Papierrente 60—60,10, 1860er Loose 112—112¾, Italienische Rente 70,70—70,80, Türken 19⅝—19¾, Rumänische Eisenbahn 26¾, Bergisch-Märkische Eisenbahn 78¾—78½, Köln-Mindener Eisenbahn 94½—94¾, Rheinische Eisenbahn 113, Oberschlesische 138, Disconto-Commandit 122—20½—121, Reichsbank-Antheile 157—157¼, Laurahütte 56½—57½.

Für den heutigen Verkehr lagen keinerlei bestimmende Momente vor, die Notirung der Oesterr. Creditactien unterlag zwar noch immer ziemlich unregelmäßigen Schwankungen, doch darf insofern der erste Schrecken für überwunden gehalten werden, als jetzt schon vielfach eine ruhigere Auffassung und Beurtheilung sich Bahn bricht. Die der Creditanstalt durch die bekannt gewordenen Unterschlagungen und Fälschungen verursachten Verluste dürften denn auch hinreichend in der bisherigen Coursreduction Beachtung gefunden haben. Die Coursbewegung eröffnete heute in steigender Richtung, unterlag dann aber einem stärkeren Drucke. Erst gegen den Schluß der Börse konnte sich die Stimmung auf Deckungskäufe hin wieder etwas erholen, so daß der Schlußcours nicht viel hinter der Anfangsnotiz zurückbleibt. Wie in den letzten Tagen drehte sich das Interesse der Speculation fast nur um Credit-Actien, sämmtliche anderen Devisen waren durchweg vernachlässigt, Oesterreichische Nebenbahnen wurden wenig umgesetzt, trugen aber im Ganzen eine ziemlich feste Physiognomie. Die localen Speculations-Effecten waren ebenfalls bei geringem Verkehr ziemlich fest, Disconto-Commandit schwankte in der Coursbewegung etwas, Dortmunder behaupteten sich sehr gut, Disc.-Comm. 122,50 ult. 122,75 bis 121,25—121,75 (n. Schluß 122,50), Dortm. Union 9,40, Laurah. 57,50 ult. 57,50—57,40—50. Von auswärtigen Staatsanleihen waren 1860er Loose und Türken gegen gestern zwar etwas besser, jedoch noch unter Sonnabendnotiz. Oesterr. Papierrente begehrt. Russische Werthe stark angeboten, besonders Prämienanleihen und Bodencredit. Preuß. und andere Deutsche Staatspapiere ohne Leben. Preuß. Prioritäten waren recht fest und wurden rege umgesetzt. Niederschl. Zweigbahn, Oberschles. Lit. H., Altenbekener 4½ III. Stettiner VII., Anhalter C., sowie Mainzer belebt. Von Oesterr. Prioritäten zeichneten sich Ungar. Ostb. II. und Lombardische durch besseres Geschäft aus. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markte stagnirte das Geschäft fast gänzlich. Die Rheinisch-Westfälischen Speculations-Devisen erholten sich zum Schluß und zogen nach Festsetzung der Notiz noch an. Leichte Bahnen ziemlich fest. Nahebahn anziehend. Weimar-Geraer und Lüttich-Limburger lebhaft begehrt. Bank-Actien gedrückt. Preuß. Bodencredit fest, Börsen-Handels-Verein sehr fest und lebhaft. Berliner Handelsgesellschaft wenig fest. Breslauer Disconto und Schlesischer Bankverein matter, Chemnitzer Bank-Verein niedriger. Industriepapiere meist geschäftslos. Bauverein Friedrichshain höher, Charlottenburger Pferdebahn ging rege zu besserem Course um, Saline Salzungen und Germania Waggon beliebt, Breslauer Oelfabrik besser, Balt. Lloyd lebhaft, Leopoldshall gesucht, Arenberger steigend, Deutsche Bergwerke beliebt, Bonifacius und Courl besser, Marienhütte, Kotzenau zu höherem Course lebhaft, Gelsenkirchen fest, Massener niedriger, Pluto matter. — Um 2½ Uhr: Tendenz fester. Credit 306, Lombarden 196, Franzosen 519,50, Reichsbank 157,50, Disconto-Commandit 122,50, Dortmunder Union 9, 40, Laurahütte 57½, Köln-Mindener 96, Rheinische 114¼, Bergische 79¼, Rumänen 26¾. (Bank- u. H.-Z.)

○ **Paris**, 5. Februar. [Wochenbericht.] Nach dem ersten niederschlagenden Eindruck der Senatswahlen hat die Börse sich schnell erholt, und die einen Augenblick unterbrochene Haussebewegung kam wieder entschieden in Zug. Erst gestern und heute haben stärkere Realisationen sie zum Stillstand gebracht, ohne daß von dem errungenen Vorsprung viel eingebüßt worden wäre. So bleibt die 5% Rente excl. Coupon bei 104,50 mit einem Gewinn von 35 Cs. gegen vorige Woche. Die 3% Rente hat nahezu 1 Franken gewonnen, wie denn überhaupt die Speculation sich ihr mit Vorliebe zuzuwenden scheint. Die haute banque blieb auch in dieser Woche noch dem Geschäfte fern; sie scheint die Deputirtenwahlen abwarten zu wollen, um wieder ins Zeug zu gehen. Damit ist schon gesagt, daß das Geschäft im Ganzen doch ziemlich beschränkt blieb. Die Monatsabrechnung, welche in diese Woche fiel, ist durch die große Geldabundanz sehr erleichtert worden. Was die Effecten angeht, so beschränkte der Verkehr sich auf die exotischen Werthe. Türken schließen fest, da man einen günstigen Einfluß der Andrassy'schen Note erwartet. Desgleichen haben Egypter sich befestigt. Die Flaue der italienischen Rente erklärt sich durch starke Arbitrage-Umsätze zu Gunsten der Lombarden und römischen Bahnen. Französische und spanische Bahnen, sowie Oesterreicher und Lombarden waren fest.

Berlin, 7. Februar. [Productenbericht.] Roggen auf Termine wurde heute zu neuerdings etwas gesteigerten Preisen leidlich rege umgesetzt. Waare ließ sich nicht höher verwerthen, die etwas reichlichere Zufuhr hat jedoch ziemlich schlanke Aufnahme gefunden. — Roggenmehl etwas fester. — Weizen besserte sich im Werthe unter mäßigem Umsatz. Deckungskäufe scheinen Hauptquelle der Nachfrage zu sein. — Hafer loco matt, Termine hielt man fester, es gab jedoch wenig Käufer. — Rüböl in äußerst beschränktem Verkehr und in matter Haltung. — Spiritus hat sich im Werthe abermals etwas gebessert. Die Kauflust blieb dem sehr vorsichtigen Angebot überlegen.

Weizen loco 175—210 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer — M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinär gelb rumänischer — M. bez., pr. Februar-März — M. bez., pr. April-Mai 195½—196½ M. bez., pr. Mai-Juni 199½—201 M. bez., pr. Juni-Juli 203½—205 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 147—162 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 147½—150 M. bez., polnischer 150½—152 M. bez., inländischer 156—160 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar 150½ M. bez., pr. Frühjahr 151—152 M. bez., pr. Mai-Juni 150—151 M. bez., pr. Juni-Juli 150—150½ M. bez., per Juli-August — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Gerste loco 132—180 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 135—180 M. nach Qualität gefordert, ostpreußischer 150—171 M., westpreußischer 150—171 M., russischer 150—172 M., pommerscher 165—174 M. bez., mecklenburgischer 165—174 M. bez., böhmischer 165—174 M. ab Bahn bez., sächsischer 165—174 M. ab Bahn bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. Frühjahr 161½—161 M. bez., pr. Mai-Juni 162½—163 M. bez., pr. Juni-Juli — M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochwaare 172 bis 210 M., Futterwaare 165—170 M. — Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 27,00—26,00 M. bez., Nr. 00: — M. bez., Nr. 0 und 1: 25,50—24,00 M. bez. — Roggenmehl Nr. 0: 23,50—22,00 M., Nr. 0 und 1: 21,00—19,50 M bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. Januar-Februar 20,80 M. bez., pr. Februar-März 20,80 M. bez., pr. März-April 20,90 M. bez., pr. April-Mai 21 M. bez., pr. Mai-Juni 21,05 M. bez., pr. Juni-Juli 21,15 M. bez., pr. Juli-August 21,15 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Oelsaaten: Raps — M., Rübsen — M. nach Qualität bez. — Rüböl per 100 Kilo loco ohne Faß 63,5 M. bez., mit Faß — M. bez., pr. Januar-Februar 64 M. bez., pr. Februar-März 64 M. bez., pr. April-Mai 64,2 M. bez., pr. Mai-Juni 64,5 M. bez., pr. Sept.-October 64,2 M. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco — M. bez. — Petroleum loco 31 M. bez., per 100 Kilo incl. Faß, pr. Januar-Februar 28,3 M. bez., pr. Februar-März 27,5 M. bez. Abgelaufene Anmeldungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., pr. Septbr.-October 26 Br. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M.

Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Faß" 44,5 M. bez., „mit Faß" — M. bez., pr. Januar-Februar 45,8 Br. M. bez., pr. Februar-März do. M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 47,5—8 M. bez., pr. Mai-Juni 48—48,3 M. bez., pr. Juni-Juli 49,2—4 M. bez., pr. Juli-August 50,5—8 M. bez., pr. August-September 51,6—5—8 M. bez., pr. October-November — Mark bez. — Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 45,9 Mark.

○ **Breslau**, 8. Febr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide etwas fester bei stärkerem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, nur feine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00—19,50 Mark, gelber 15,50—16,75—18,50 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Haltung, per 100 Kilogr. 14,00 bis 14,75 bis 16,25 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, wenig verändert, per 100 Kilogr. 12,50—14,50 bis 15,50 Mark, weiße 16,00—17,00 Mark.

Hafer ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 15,00—16,30 bis 17,60 Mark, feinster über Notiz.

Mais angeboten, per 100 Kilogr. 10,50—11,50 Mark.

Erbsen gut behauptet, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen blieben vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,80—15,80—16,50 Mk.

Lupinen schwer verkäuflich, per 100 Kilogr. gelbe 9,60—11,30 Mark, blaue 9,50—11,40 Mark.

Wicken mehr beachtet, per 100 Kilogr. 16—17—18 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	27	—	25	—	22	25
Winterraps.	30	—	29	—	28	—
Winterrübsen	29	—	28	—	26	—
Sommerrübsen	30	25	29	25	27	50
Leindotter	26	—	25	—	24	—

Rapskuchen preishaltend, pr. 50 Kilogr. 7,80—8 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,70 Mark.

Kleesamen gut verkäuflich, rother höher gehalten, pr. 50 Kilogr. 49—55 bis 58—61 Mark, weißer preishaltend, pr. 50 Kilogr. 61—64—73—76 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee sehr fest, pr. 50 Kilogr. 30—32—34 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts Sternwarte zu Breslau.

Februar 7. 8.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	326''',48	328''',27	330''',25
Luftwärme	— 1°,0	— 5°,6	— 5°,9
Dunstdruck	1''',68	1''',11	1''',08
Dunstsättigung	92 pCt.	94 pCt.	94 pCt.
Wind	S. 2	SO. 2	SO. 1
Wetter	trübe.	heiter.	heiter.

Breslau, 8. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 34 Cm. U.-P. — M. 50 C. Eisstand.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.